

Frey, Bruno S.

Working Paper

Theorie und Empirik politischer Konjunkturzyklen

Diskussionsbeiträge, No. 75

Provided in Cooperation with:

Department of Economics, University of Konstanz

Suggested Citation: Frey, Bruno S. (1976) : Theorie und Empirik politischer Konjunkturzyklen, Diskussionsbeiträge, No. 75, Universität Konstanz, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Konstanz

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/68843>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

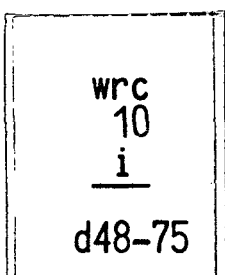
FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT KONSTANZ

THEORIE UND EMPIRIK
POLITISCHER KONJUNKTURZYKLEN

Bruno S. Frey

DISKUSSIONSBEITRÄGE

Nr 75



D-775 Konstanz
Postfach 7733

320

THEORIE UND EMPIRIK
POLITISCHER KONJUNKTURZYKLEN

100*
Bruno S. Frey

Februar 1976

451

Diskussionsbeiträge
des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften
der Universität Konstanz .

Nr. 75

Bruno S. Frey, Universitäten Konstanz und Basel:

THEORIE UND EMPIRIK POLITISCHER KONJUNKTURZYKLEN

Zusammenfassung

Empirische Beobachtungen zeigen, daß der Staat die wirtschaftliche Aktivität oft nicht stabilisiert, sondern im Gegenteil zusätzliche Schwankungen erzeugt. Politische Konjunkturzyklen entstehen insbesondere beim Versuch der Regierungen, zum Wahlzeitpunkt eine günstige Wirtschaftslage herbeizuführen, um wiedergewählt zu werden.

Die bisherigen statistischen Untersuchungen für verschiedene Länder sind wegen eines fehlenden sorgfältig spezifizierten Modells unzureichend. Verschiedene theoretische Ansätze bieten sich an. Umfassend lassen sich Wahlzyklen im Rahmen politisch-ökonomischer Gesamtmodelle untersuchen. Damit durchgeführte ökonometrische Schätzungen für die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland weisen auf die Bedeutung Politischer Konjunkturzyklen in den Nachkriegsjahren hin.

THEORIE UND EMPIRIK POLITISCHER KONJUNKTURZYKLEN *

von

Bruno S. Frey

Universitäten Konstanz und Basel

I. EINLEITUNG

Die Regierung stabilisiert die gesamtwirtschaftliche Aktivität mit Hilfe der Fiskalpolitik. Sie wird hierbei von der Notenbank durch geldpolitische Maßnahmen unterstützt. Dies ist die übliche Ansicht der Wirtschaftswissenschaft, wie sie in Fachzeitschriften, Lehrbüchern und Vorlesungen vertreten wird.

In neuerer Zeit ist diese Ansicht in Zweifel gezogen worden:

(a) Die Monetaristen sind der Auffassung, daß die private Wirtschaft stabil sei, und daß staatliche Eingriffe destabilisierend wirken (vgl. z.B. BRUNNER 1973, S. 74-76).

(b) Empirische Untersuchungen der Fiskalpolitik haben ergeben, daß in vielen Staaten zumindest die diskretionären Maßnahmen die Schwankungen des Sozialprodukts um seinen Vollauslastungspfad oft vergrößern. Die wegweisende Studie von HANSEN (1969) für eine Reihe von OECD-Ländern baut auf der einfachen Multiplikatortheorie auf und berücksichtigt keine Wirkungen der Fiskalpolitik auf die privaten Investitionen.

Tab. 1 zeigt, daß die diskretionären fiskalpolitischen Eingriffe der Zentralregierung in drei der angeführten Länder während der Periode 1955-65 destabilisierend wirkten. In Italien z.B. wurden die Schwankungen um den Trend des Sozialprodukts um 17% verstärkt, in Frankreich sogar um 35%.

*Ich bin Werner W. Pommerehne und Niels Eisenhart-Rothe für die Durchsicht des Manuskripts dankbar.

Für das Vereinigte Königreich ergab sich, daß die Wirkung sowohl der diskretionären Maßnahmen als auch der automatischen 'Stabilisatoren' destabilisierend war. Insgesamt erwies sich für den zugrunde gelegten Zeitraum die Fiskalpolitik in den USA, in der Bundesrepublik und in Belgien am erfolgreichsten; in Frankreich und Italien konnten die Schwankungen dagegen nur um ^{Grund} 15% verringert werden. Wie schon erwähnt, haben die fiskalpolitischen Eingriffe im Vereinigten Königreich die Ausschläge sogar um nahezu 15% vergrößert.

Tab. 1: Beurteilung diskretionärer und automatischer Fiskalpolitik, 1955-1965 (Prozentanteil der erreichten Stabilisierung der Konjunkturschwankungen um den Trend des Sozialprodukts, Zentralregierung)						
	USA	BRD	Belgien	Italien	Frankreich	UK
1. Wirkung diskretionärer Maßnahmen	17	14	5	-17	-35	-10
2. Wirkung der automatischen Stabilisatoren	32	12	16	32	48	- 3
3. Gesamtwirkungen	49	26	21	15	13	-13
Mit Ausnahme der BRD inkl. Investitionen öffentlicher Unternehmungen. Frankreich und BRD 1958-1965, Italien 1956-1965. Quelle: HANSEN (1969), Tab. 2.6, S. 69.						

Die Fiskalpolitik war in diesem Zeitraum offensichtlich nicht besonders erfolgreich. Die stabilisierende Wirkung der diskretionären Maßnahmen geht in Belgien und Deutschland darüberhinaus zu einem guten Teil auf Ausgabenänderungen zurück, die nicht im Hinblick auf das Stabilisierungsziel unternommen wurden (OECD 1968, S. 181). Allerdings könnte eingewendet werden, daß die Grundlagen keynesianischer Stabilisierungspolitik noch nicht in allen Ländern politisch

akzeptiert waren. Als letztes der sechs aufgeführten Länder hat sich die Bundesrepublik im Stabilitätsgesetz von 1967 hierzu bekannt.

Der Ansatz von HANSEN (vgl. ähnlich auch LINDBECK 1970, SNYDER 1970) ^(und FUGGELI 1973) ist allerdings unvollkommen, denn es wird in ihm nur ein begrenzter Teil der Wirkungen der Fiskalpolitik berücksichtigt; auch wird die Interaktion mit der Geldpolitik völlig vernachlässigt. Erst in jüngster Zeit ist eine stärker befriedigende Messung des Einflusses der Fiskal- (und Geld-) Politik entwickelt worden (BLINDER und GOLDFELD 1975): Ausgangspunkt bildet ein ausgebautes ökonometrisches Quartalsmodell. Um den Einfluß einer Instrumentalvariablen I (z.B. der Staatsausgaben G) auf eine Zielvariable Z (z.B. das Sozialprodukt Y) zu ermitteln, wird für das betreffende Instrument eine Zeitreihe I^* konstruiert, die zunächst die historischen Werte I_t annimmt, in der Periode t unverändert (auf I_{t-1}) bleibt, und im Anschluß daran alle tatsächlichen Veränderungen der Fiskalpolitik mitvollzieht¹⁾. Der hypothetische Pfad I^* bereinigt den tatsächlichen Verlauf um die Veränderungen der fiskalpolitischen Maßnahmen in der Periode t . Der historische Zeitpfad $Z(I_t)$ wird sodann mit dem hypothetischen Zeitpfad $Z^*(I_t^*)$ verglichen; die hierbei auftretende Differenz gibt den Einfluß der Fiskalpolitik in der Periode t wieder

$$(1) \quad F_Z^T(t) = Z_{t+T} - Z_{t+T}^*; \quad T \geq 0.$$

Der Index T in (1) gibt den Zeithorizont wieder, d.h. die Zahl der Quartale, über welche sich die Fiskalpolitik auswirkt. Der fiskalpolitische Einfluß kann in einen dynamischen

¹⁾Die Zeitreihe I^* ist somit gegeben durch

$$I_t^* = I_t \quad \text{für } t < t.$$

$$I_t^* = I_t - (I_t - I_{t-1}), \quad \text{für } t \geq t.$$

Multiplikator M_t^T und die Veränderung der Instrumentalvariable ΔI_t aufgespalten werden

$$(2) \quad F_Z^T(t) = M_t^T \cdot \Delta I_t .$$

Bislang ist der auf diese Weise abschätzbare Einfluß der Fiskalpolitik erst für die USA (1958-1973) errechnet worden. Dabei zeigte sich, daß während der Regierung von Eisenhower - entgegen den Erwartungen - eine systematische Stabilisierungspolitik unternommen worden ist, allerdings bei geringer Auslastung der Ressourcen. Unter Kennedy und Johnson wurde die Fiskalpolitik interessanterweise nicht zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt, und hinsichtlich des Zuwachses des realen Sozialprodukts erwies sie sich sogar als ausgeprägt destabilisierend. Die Beurteilung der Fiskalpolitik mit Hilfe dieser fortgeschrittenen Methodik kommt somit zum gleichen Ergebnis: Eine konsequent eingesetzte und erfolgreiche Stabilisierungspolitik kann nicht als selbstverständlich hingenommen werden; sie muß eher als Ausnahme angesehen werden.

- (c) Der Glaube an die stabilisierende Wirkung der Fiskalpolitik wird schließlich durch eine Vielzahl von Einzelbeobachtungen in Frage gestellt. Eine Reihe von Hinweisen für das Vereinigte Königreich läßt darauf schließen, daß dort die Fiskalpolitik eindeutig destabilisierend wirkt. MATTHEWS (1969, S. 107) z.B. weist auf einen "government driven cycle" hin, und MADDISON (1969, S. 500 f.) vertritt sogar die Ansicht: "Government action is the proximate cause of most upswings and downswings." Der gleichen Meinung ist DOW (1964, S. 384) in seiner Untersuchung der britischen Wirtschaft zwischen 1945 und 1960: "...fiscal and monetary policy failed to be stabilizing, and must on the contrary be regarded as having been positively destabilizing". Ganz ähnlich argumentieren PREST (1968, S. 5) und BRITTAN (1971) für die darauf folgende Periode.

Verschiedene Kommentatoren stellen für die Bundesrepublik, insbesondere für das Jahr 1965, eine stark destabilisierende diskretionäre Fiskalpolitik fest¹⁾. Trotz Vollauslastung der Arbeit senkte die Bundesregierung die Steuern und erhöhte die Ausgaben mit der Folge, daß es zu einer Steigerung der Inflationsrate und zum ersten Handelsbilanzdefizit seit 1950 kam. "But 1965 was an election year", wie HANSEN (1969, S. 242) lapidar bemerkt. (Vgl. auch OECD 1968, S. 46; LINDBECK 1970, S. 28)

Ähnliches berichten BLINDER und GOLDFELD (1975, S. 23) für die USA im Wahljahr 1972. Die staatlichen Transfers an Private - vor allem die Zahlungen im Rahmen der Sozialversicherung - stiegen im Wahlvierteljahr um 11 Mrd. Dollar. "This is a clear example of the political business cycle at work."

Wie die Beobachtungen von AVERCH, DENTON und KOEHLER (1972) zeigen, sind auch Entwicklungsländer gegen Politische Konjunkturzyklen nicht gefeit. Beobachtungen dieser Art müssen allerdings mit Vorsicht interpretiert werden; es handelt sich häufig mehr um "casual empiricism" als um ernsthafte statistische Untersuchungen. Insbesondere werden weitere mögliche Einflüsse nicht scharf genug isoliert. Außerdem wird nicht analysiert, in wievielen Fällen die Regierung Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Stabilisierung geführt, somit keinen politischen Konjunkturzyklus hervorgerufen haben. Trotzdem sind solche Beobachtungen nützlich, weisen sie doch in leicht verständlicher Form auf ein Phänomen hin, das zumindest in Lehrbüchern der Konjunkturtheorie bisher nicht zur Kenntnis genommen wird²⁾.

1) Vgl. auch die Aufsätze von LIEFMANN-KEIL 1970; 1974 .

2) Bei der (oberflächlichen) Durchsicht bekannter Lehrbücher der Konjunkturtheorie zeigt sich, daß die Existenz eines Politischen Konjunkturzyklus weder erwähnt noch explizit darauf hingewiesen wird, daß durch eine diskretionäre Fiskalpolitik zusätzliche Schwankungen bewußt erzeugt werden können. Vgl. ESTEY 1956 , FELLNER 1956 , MATTHEWS 1960 ; GORDON 1961 , CORNWALL 1972 , KROMPHARDT 1972 .

II. ERKLÄRUNGSANSÄTZE

Ein "Politischer Konjunkturzyklus" entsteht, wenn die Regierung versucht (und es ihr möglicherweise gelingt), die wirtschaftliche Aktivität zu beeinflussen, und dadurch (zusätzliche) Schwankungen hervorgerufen werden.

In diesem Aufsatz wird lediglich der Zeitraum seit dem Zweiten Weltkrieg betrachtet; außerdem wird vorerst nur auf die westlichen Demokratien abgestellt.

Grundsätzlich kann die Existenz Politischer Konjunkturzyklen auf zwei Ursachen zurückgeführt werden:

(i) Die Regierung ist unfähig, die Wirtschaft zu stabilisieren und verursacht mit ihren Maßnahmen zusätzliche Konjunkturschwankungen. Diese Auffassung wird vor allem von den modernen Monetaristen vertreten. Die zeitlichen Verzögerungen (Erkennungs-, Entscheidungs-, Durchführungs- und Wirkungslag) verhindern eine angemessene Geld- und Fiskalpolitik. Nach FRIEDMAN 1960 weist z.B. die amerikanische Geldpolitik eine (variable) Zeitverzögerung zwischen 4 und 29 Monaten auf, mit einem Durchschnitt von 14 Monaten. Wegen der Variabilität dieser Verzögerung und der Unmöglichkeit, über diesen Zeitraum eine verlässliche Prognose zu erstellen (die auch die Reaktionen der staatlichen Entscheidungsträger voraussehen müßte), soll nach Ansicht der Monetaristen auf den Versuch einer antizyklischen Geldpolitik verzichtet werden; gleiches gilt für die Fiskalpolitik.

Von Kontrolltheoretikern wurde bereits vor einiger Zeit auf die erheblichen Probleme einer Stabilisierung konjunktureller Schwankungen hingewiesen. Es zeigte sich nämlich, daß schon geringfügige Abweichungen von der optimalen Politik zu Vergrößerungen der Schwingungen führen können. (Vgl. z.B. PHILLIPS 1954, ALLEN 1967.)

(ii) Eine zweite Ursache für die Existenz Politischer Konjunkturzyklen kann darin liegen, daß diese von den Regierungen bewußt verursacht werden. Selbst wenn die staatlichen Entscheidungsträger die Wirtschaft perfekt kontrollieren könnten, so wären in diesem Fall Schwankungen zu beobachten. Sie können, im Gegensatz zu den oben angeführten Konjunkturzyklen, als aktive Politische Konjunkturzyklen bezeichnet werden. Dieser Aufsatz befaßt sich im folgenden nur mit diesen Politischen Konjunkturzyklen im engeren Sinne.

(Aktive) Politische Konjunkturzyklen werden von Regierungen mit dem Ziel erzeugt, im entscheidenden Zeitraum - nämlich auf die Wahlen hin - eine möglichst günstige wirtschaftliche Situation zu erreichen. Die Politiker wissen, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage die Beurteilung der Regierungspolitik durch die Bevölkerung wesentlich beeinflusst. Es lohnt sich für die Regierung, die konjunkturelle Entwicklung derart zu steuern, daß die Bevölkerung kurz vor den Wahlen in materieller Hinsicht möglichst weitgehend zufriedengestellt wird¹⁾.

Empirische Untersuchungen mit Hilfe ökonometrischer Methoden haben ergeben, daß die Zunahme der Arbeitslosenquote und der Inflationsrate die Wahlergebnisse negativ, und Steigerungen des verfügbaren Einkommens die Wahlergebnisse positiv beeinflussen²⁾. Es zeigt sich, daß die Wähler in zweierlei Weise kurzsichtig reagieren: Sie beurteilen die Regierung lediglich nach der wirtschaftlichen Situation in der gegenwärtigen Legislaturperiode und darüberhinaus nur nach der Situation im Wahljahr. Die Wähler scheinen sich, den vorliegenden empirischen Untersuchungen zufolge, auch sonst wenig rational zu verhalten, indem sie nicht in Betracht ziehen, welche Wirtschaftslage die bestehende

¹⁾ In einigen Staaten, wie z.B. in England, verfügt die Regierung über ein weiteres Instrument, um ihre Wiederwahlchancen zu erhöhen: Sie kann (innerhalb festgelegter Grenzen) den Wahlzeitpunkt festlegen.

²⁾ Vgl. KRAMER (1971) und die dort diskutierte ältere Literatur.

Regierung von ihrer Vorgängerin übernommen hat, und ob die Opposition die wirtschaftliche Situation möglicherweise nicht noch weiter verschlechtert hätte (FAIR 1975, STIGLER 1973).

Analysen der laufenden Popularität der Regierung, wie sie regelmäßig von Meinungsforschungsinstituten wie Gallup und dem Demoskopischen Institut in Allensbach erhoben und veröffentlicht werden, führen zu ähnlichen Ergebnissen¹⁾. In Tab. 2 sind zwei Schätzungen für die amerikanische und die deutsche Popularitätsfunktion als Beispiele aufgeführt (FREY und SCHNEIDER 1976a, 1976b).

Hier Tab. 2

Die Koeffizienten haben die erwarteten Vorzeichen: Eine Erhöhung der Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt vermindert die Popularität des amerikanischen Präsidenten (um 3-4%) und die der deutschen Bundesregierung (um 2-3%); eine Steigerung der Inflationsrate um einen Prozentpunkt vermindert die Popularität des Präsidenten und die der Bundesregierung um 5-6%, und eine Steigerung der Wachstumsrate des nominellen verfügbaren Einkommens erhöht in beiden Ländern die Popularität der Regierenden um $1/2 - 1\%$ ²⁾.

Die laufende Popularität der Regierung ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie von den Regierungen als Indikator für das Abschneiden bei der kommenden Wahl angesehen wird. Beim Einsatz der ihnen zur Verfügung stehenden konjunkturpolitischen Instrumente werden sie sich deshalb an der laufenden Popularitätsentwicklung orientieren.

1) Für eine Übersicht vgl. KIRCHGÄSSNER (1974).

2) Aufgrund der beträchtlichen Multikollinearität, insbesondere zwischen der Inflationsrate und der Wachstumsrate des verfügbaren Einkommens, sind die Koeffizienten für das Einkommen statistisch insignifikant. Wird jedoch alternativ eine der beiden Variablen fortgelassen, erweisen sich die Koeffizienten aller wirtschaftlichen Variablen als statistisch signifikant.

Tab. 2: Popularitätsfunktionen; USA und BRD.

	Niveau-variablen ¹⁾	Arbeitslosenquote (%)	Inflationsrate (%)	Wachstumsrate des verfügb. nom. Eink. (%)	Test-Statistiken		
					R ²	d	ρ
Vereinigte Staaten 1957-1974 (Vierteljahresdaten)	Mehrere	-3.45 (-3.32)	-1.66 (-1.85)	0.50 (1.23)	0.92	1.93	0.38
Bundesrepublik Deutschland 1950-1974 (Jahresdaten)	Mehrere	-2.50 (-2.91)	-1.40 (-2.10)	0.91 (2.94)	0.96	1.65	--

Die Werte in Klammern unter den Parametern geben die t-Werte; d bezeichnet die Durbin-Watson Test-Statistik. Für die USA wurde die Cochran-Orcutt Iterationsmethode verwendet; ρ ist der dabei geschätzte Autoregressionskoeffizient.

¹⁾ Für beide Gleichungen wurde für jede Regierung (USA: für jeden Präsidenten; BRD: für jede Koalition) eine spezielle Niveauvariable eingeführt. Aus Raumgründen wird hier auf eine Wiedergabe der geschätzten Parameter verzichtet.

Diese zwischen den Wahlzeitpunkten hervorgerufenen Legislatur- oder Wahlzyklen werden in den beiden folgenden Abschnitten erörtert. Hierbei wird zunächst auf einige empirische Untersuchungen aufmerksam gemacht (Abschnitt III); anschließend werden die wichtigsten partiellen theoretischen Modelle diskutiert (IV). Abschnitt V ist der Untersuchung der Wahlzyklen in gesamtwirtschaftlichen (ökonometrischen) Modellen gewidmet. Im Anschluß daran (Abschnitt VI) wird auf die Möglichkeit der Existenz anderer Politischer Konjunkturzyklen (z.B. in Planwirtschaften) hingewiesen.

III. WAHLZYKLEN: Einige empirische Beobachtungen

1. Analyse von 27 Demokratien

Die bisher weitreichendste empirische Studie Politischer Konjunkturzyklen innerhalb von Wahlperioden wurde von TUFTE (1975) unternommen. Er untersucht für eine größere Zahl (mehr oder weniger) demokratischer Länder, ob die Wachstumsrate des realen verfügbaren Einkommens häufiger in Wahljahren zugenommen hat als in Nicht-Wahljahren. Die Ergebnisse sind in Tab. 3 aufgeführt: In 21 Demokratien sprechen die Daten für, in lediglich 3 Demokratien gegen die Existenz eines solchen Wahlzyklus.

Hier Tab. 3

Gegen diese Berechnungen lassen sich viele und z.T. schwerwiegende Einwände erheben. So ist zu bezweifeln, ob die aufgeführten Länder vergleichbar sind, denn sie unterscheiden sich häufig sehr stark hinsichtlich der Art und der Bedeutung der demokratischen Institutionen, wie z.B. der Zahl der Parteien und der Freiheit der Meinungsäußerung. Ebenso schwerwiegende Unterschiede lassen sich im Hinblick auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten feststellen: Einige Länder sind fortgeschrittene

Tab. 3: Der Politische Konjunkturzyklus in 27 Demokratien, 1960-1971

Positive Evidenz				Unentschieden				Negative Evidenz						
Prozentsatz der Jahre mit zunehmendem Wachstum des realen verfügbaren Einkommens pro Kopf														
	Wahl- jahre	N	Nicht- wahlj. N		Wahl- jahre	N	Nicht- wahlj. N		Wahl- jahre	N	Nicht- wahlj. N			
Australien	50%	4	43%	7	Österreich	67%	6	67%	6	BRD	0%	3	44%	9
Belgien	100%	4	63%	8	Irland	33%	3	33%	9	Island	33%	3	57%	7
Chile	100%	2	38%	8	Jamaika	50%	2	50%	8	Italien	0%	2	57%	7
Costa Rica	100%	2	38%	8										
Dänemark	50%	4	29%	7										
Finnland	60%	5	43%	7										
Frankreich	60%	5	57%	7										
Indien	50%	2	33%	9										
Israel	75%	4	43%	7										
Japan	100%	4	38%	8										
Kanada	100%	3	33%	9										
Luxemburg	100%	2	78%	9										
Niederlande	100%	3	71%	7										
Neuseeland	60%	5	38%	8										
Norwegen	100%	3	50%	10										
Philippinen	80%	5	20%	5										
Schweden	75%	4	38%	8										
Schweiz	100%	3	38%	8										
UK	67%	3	22%	9										
USA	83%	6	50%	6										
Uruguay	50%	2	25%	4										

N ist die Zahl der Beobachtungen

Quelle: Nach TUFTE (1975), Table 3

Industriestaaten, andere wenig entwickelte Agrarstaaten. Es ist zu erwarten, daß der Politische Konjunkturzyklus infolge der unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten auch in unterschiedlicher Weise zum Ausdruck kommt.

Schließlich sind die Berechnungen auch von statistisch-methodischer Seite her fragwürdig. Wie aus Tab. 3 hervorgeht, ist die Zahl der beobachteten Fälle oft so niedrig, daß gesicherte Folgerungen nicht möglich sind. Aus diesen Gründen erscheint es sinnvoller, sich auf die empirische Analyse einiger ausgewählter Länder zu konzentrieren.

2. Vereinigte Staaten

Für die USA wurde folgendes Verhältnis zwischen den Veränderungen der Wachstumsrate des realen verfügbaren Prokopfeinkommens und den Wahldaten ermittelt (Tab. 4)

Tab. 4: Zusammenhang zwischen Wahljahren und Veränderungen des Wachstums des realen verfügbaren Prokopfeinkommens, Vereinigte Staaten von Amerika, 1933-1973		
	Wahljahre eines Präsidenten	Jahre ohne Präsidentenwahl
Steigende Wachstumsrate	10	24
Fallende Wachstumsrate	0	7

Die Ziffern geben die Zahl der Beobachtungen an.
Quelle: TUFTE (1975), Fußnote 14.

Wie aus Tab. 4 entnommen werden kann, ist die reale Wachstumsrate des Einkommens in sämtlichen Wahljahren gestiegen; in allen anderen Jahren (in denen keine Präsidentenwahl stattfand) ist dies dagegen nur zu 77% der Fall gewesen. Für die Periode nach

dem Zweiten Weltkrieg läßt sich der Politische Konjunkturzyklus noch deutlicher beobachten: In 14 von 18 Jahren, nämlich in den Jahren von 1947-1952 und 1961-1973, ist im Wahljahr (für den Präsidenten und den Kongreß) eine Zunahme und im darauffolgenden Jahr eine Abnahme der Wachstumsrate des Einkommens zu beobachten. Die 4 Wahljahre, für welche dies nicht zutrifft (1954, 56, 58, 60), fallen alle unter die Eisenhower-Administration. Untersuchungen über die impliziten Gewichte in der Nutzenfunktion amerikanischer Präsidenten haben ergeben, daß Eisenhower stärker als Kennedy und Johnson an Preisstabilität und an einem ausgeglichenen Budget interessiert war¹⁾ Diese unterschiedliche Gewichtung kann die abweichenden Ergebnisse für die Jahre der Eisenhower-Administration erklären.

3. Israel

Wie die beiden folgenden Figuren zeigen, läßt sich der Politische Konjunkturzyklus in Israel besonders deutlich beobachten.

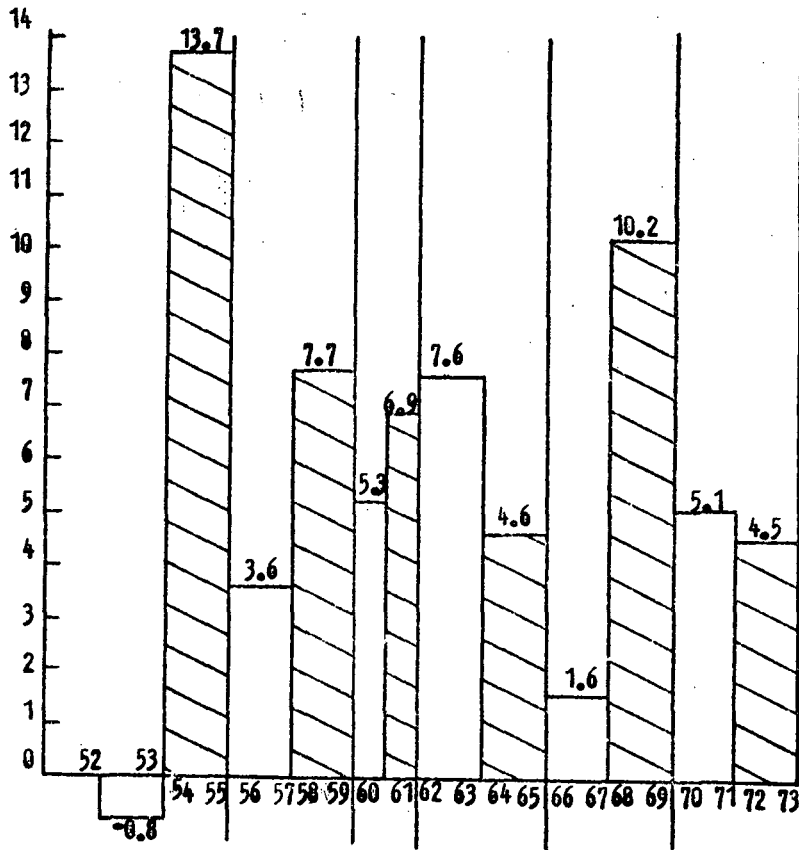
Hier Fig. 1a und 1b

Das Prokopfeinkommen steigt - mit Ausnahme der Jahre 1964/65 und 1972/73 - in den beiden Jahren vor den Wahlen deutlich schneller als in den beiden auf die Wahlen folgenden Jahren. Wie Fig. 1b zeigt, gibt es nur eine einzige Wahlperiode (1962-65), in welcher der Prokopfkonsument in der zweiten Hälfte einer Legislaturperiode nicht schneller gestiegen ist als in der ersten. Die Zunahme des Konsumwachstums in den Jahren 1972/73 wurde - da das Wachstum gemäß Fig. 1a rückläufig war - auf Kosten anderer Komponenten des Sozialprodukts, insbesondere der Investitionen, erreicht.

¹⁾ FRIEDLAENDER 1973, S. 25, FUERSTENBERG und BOUGHTON 1973, S. 12.

Fig. 1a: Wachstumsrate des Einkommens, Israel, 1952-1973

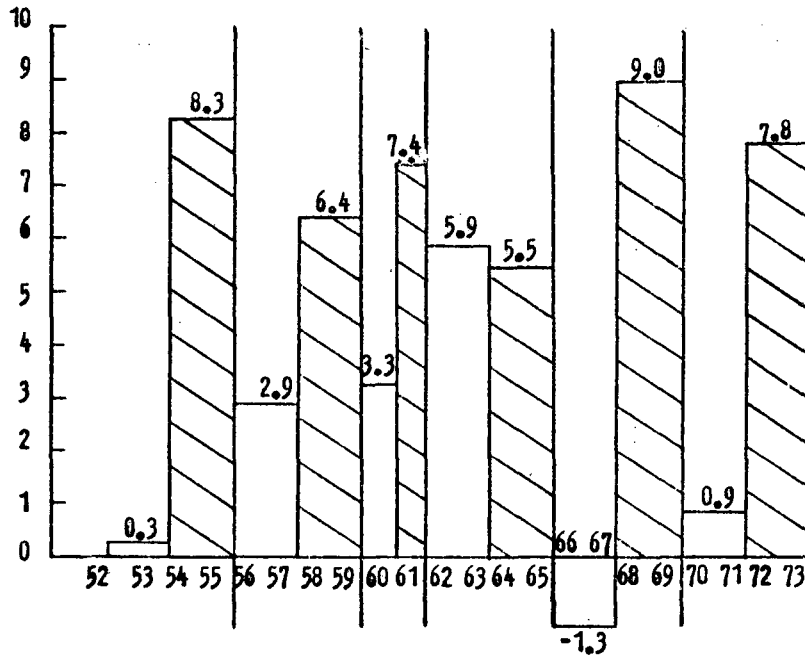
Wachstumsrate
des Prokopfeinkommens



Quelle: BEN-PORATH (1975, S. 402)

Fig. 1b: Wachstumsrate des Konsums, Israel, 1952-1973

Wachstumsrate
des Prokopf-
konsums



Quelle: BEN-PORATH (1975, S. 401)

4. Neuseeland

In einer extrem vom Ausland abhängigen Wirtschaft lassen sich rasche Veränderungen des Konsums vor allem durch Variationen der Importe erreichen, die ihrerseits weitgehend durch die Regierung beeinflusst werden können. Ein treffendes Beispiel bietet Neuseeland. Aus Fig. 2 ist die Steigerung der Wachstumsrate der Importe auf jede Wahl hin deutlich sichtbar; es besteht eine nahezu vollständige Übereinstimmung.

Hier Fig. 2

Die hohen Importsteigerungsraten in den Wahljahren führen regelmäßig zu Zahlungsbilanzkrisen, die ihrerseits in den Jahren nach einer Wahl eine starke Senkung der Importe notwendig machen (vgl. LLEWELLYN und TARLING 1974, S. 289).

5. Bundesrepublik Deutschland

In Fig. 3 sind drei wichtige Indikatoren für die Wirtschaftslage jeweils für die erste und die zweite Hälfte jeder Wahlperiode eingezeichnet. Es wird somit die gleiche Darstellung wie bei Fig. 1 gewählt¹⁾.

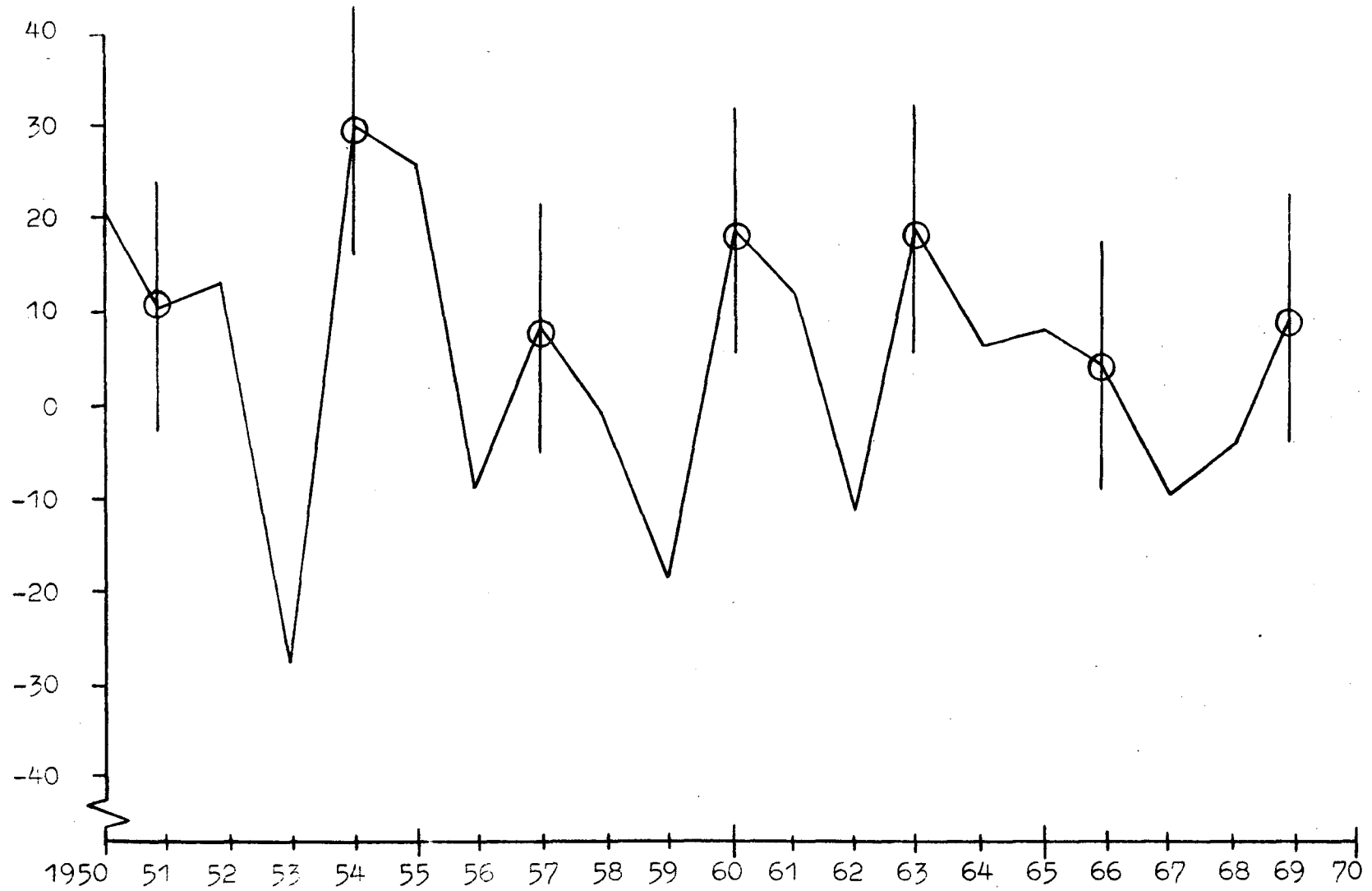
Hier Fig. 3a

Die Wachstumsrate des verfügbaren Nominaleinkommens (Fig. 3a) zeigt deutliche Schwankungen. In vier der sechs Wahlperioden ist die Wachstumsrate in der zweiten Hälfte der Wahlperiode höher, in zwei Wahlperioden (1962-65 und 1970-72) hingegen geringer. Allerdings ist hinzuzufügen, daß die Wahlen von 1972 vorzeitig durchgeführt wurden, so daß für die entsprechende

¹⁾Eine Einteilung in drei Vorwahljahre und ein Wahljahr verändert die Figuren nur unwesentlich.

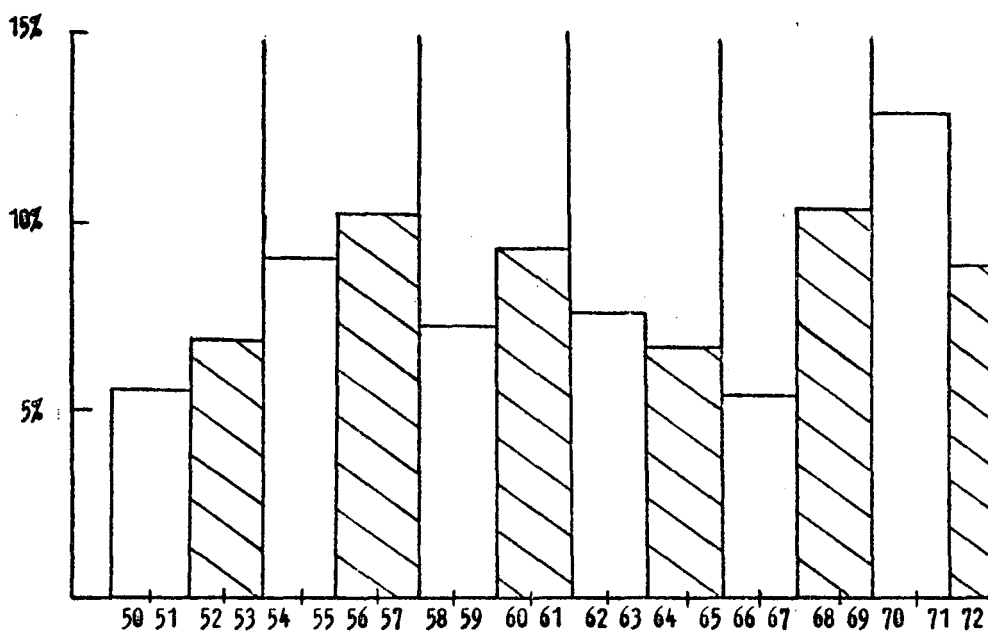
Fig. 2: Wachstumsrate der Importe und Wahlen, Neuseeland, 1950-1969.

Wachstumsrate
der Importe



Quelle: NORDHAUS (1972)

Fig. 3a: Jährliche Wachstumsrate des verfügbaren nominellen Einkommens in der ersten und zweiten Hälfte jeder Wahlperiode, Bundesrepublik Deutschland; 1950-1972.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland.

Wahlperiode kein (vollständiger) Politischer Zyklus zu erwarten ist. Die von einigen Beobachtern festgestellte expansive Politik vor der 1965er Wahl (vgl. Abschnitt I) schlägt sich in der gewählten Darstellung nicht nieder. Auch bei einer Untergliederung in drei Nichtwahljahre und ein Wahljahr zeigt sich für 1965 nur eine geringe Erhöhung der Wachstumsrate des Einkommens, die im übrigen sehr viel weniger deutlich ausfällt als z.B. im Wahljahr 1961. Von einem Wahlzyklus kann jedoch erst dann gesprochen werden, wenn die Wachstumsrate vor und nach den beiden Wahljahren geringer ausfällt, so daß auf die Wahlen hin eine entsprechend stärkere Einkommenssteigerung herbeigeführt werden kann. Aufgrund dieser Abgrenzung läßt sich nur für die beiden Wahlperioden 1954-57 und 1958-61 ein Wahlzyklus konstatieren.

Hier Fig. 3b

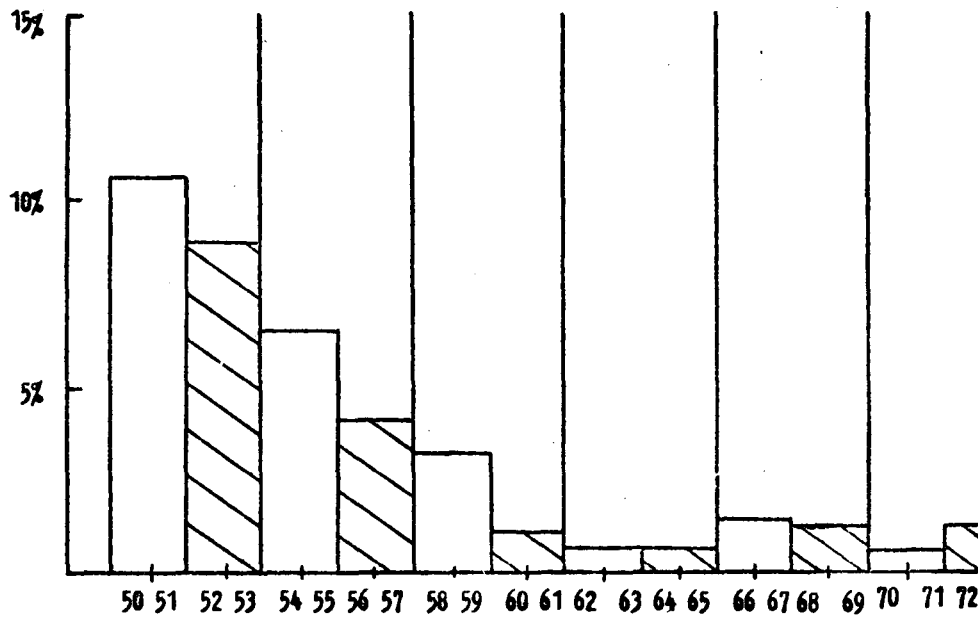
Die Arbeitslosenquote (Fig. 3b) ist durch eine trendmäßige Abnahme bis zum Beginn der 60er Jahre gekennzeichnet. Danach gibt es nur geringe Schwankungen. Ein Politischer Konjunkturzyklus ist nicht ersichtlich.

Hier Fig. 3c

Ähnliches gilt für die Inflationsrate (Fig. 3c), bei der ein leicht steigender Trend über die Gesamtperiode 1950-72 festgestellt werden kann. Von einem Wahlzyklus kann kaum gesprochen werden: Die Inflationsrate ist in drei Wahlperioden in der jeweils zweiten Hälfte niedriger, in drei Wahlperioden (darunter wiederum bei der vorgezogenen Wahl von 1972) aber auch höher als jeweils in der ersten Hälfte.

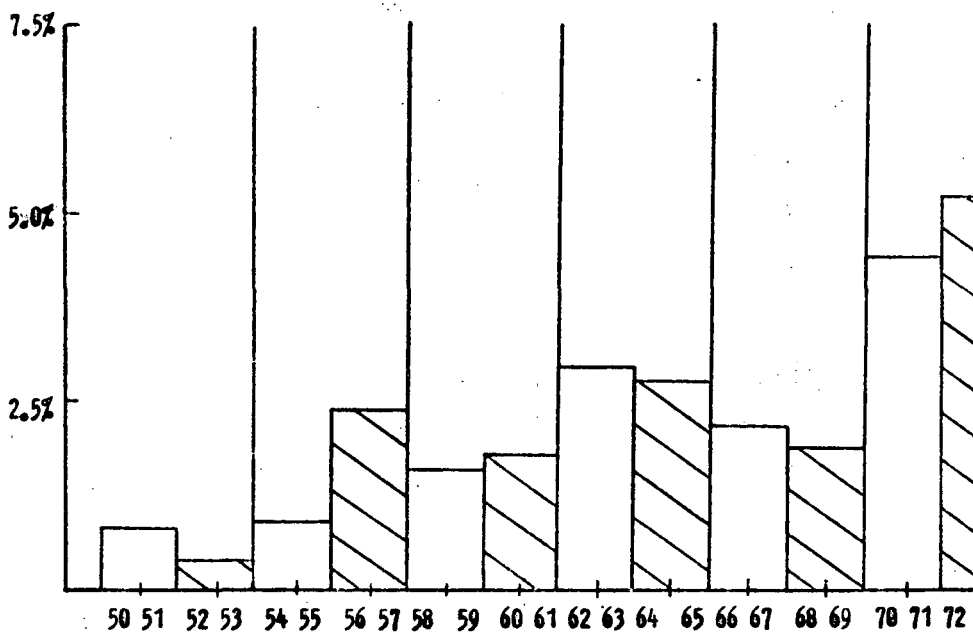
Insgesamt lassen sich für die Bundesrepublik Deutschland bei einer Betrachtung der wichtigsten makroökonomischen Variablen nur geringe Anzeichen für einen Wahlzyklus feststellen; allen-

Fig. 3b: Arbeitslosenquote in der ersten und zweiten Hälfte jeder Wahlperiode, Bundesrepublik Deutschland, 1950-1972.



Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland

Fig. 3c: Jährliche Preissteigerungsraten in der ersten und zweiten Hälfte jeder Wahlperiode, Bundesrepublik Deutschland, 1950-1973



Quelle: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland.

falls bei der Wachstumsrate des verfügbaren Nominaleinkommens kann hiervon gesprochen werden. Zur Erklärung können mehrere Gründe angeführt werden:

- (a) In den betrachteten Zeitreihen ist, insbesondere für die Arbeitslosenquote, eine ausgeprägte Trendkomponente enthalten, die mögliche Wahlzyklen überlagert. Damit ist gleichzeitig auf eine Schwäche der hier verwendeten Analysemethode hingewiesen, denn diese kann den "reinen" Einfluß des politischen Zyklus nicht isolieren.
- (b) Die deutsche Wirtschaft ist stark außenhandelsabhängig, so daß der Konjunkturverlauf maßgeblich durch den internationalen Zusammenhang bestimmt wird. Eine Regierung verfügt deshalb nur über begrenzte Möglichkeiten, einen gewünschten politischen Zyklus herbeizuführen.
- (c) Bis zum Jahre 1966/67 wurde in Deutschland keine bewußte Konjunkturpolitik betrieben (vgl. HANSEN 1969, S. 252; OECD 1968, S. 181; LINDBECK 1970, S. 14-17). Im Vergleich mit anderen Ländern waren das Instrumentarium und die Kenntnisse aktiver Konjunkturpolitik bei den verantwortlichen Politikern aber auch nur wenig entwickelt. Es bestand deshalb eine geringe Neigung von seiten der Regierung, die diskutierten makroökonomischen Variablen gezielt und langfristig zum Zwecke der politischen Konjunktursteuerung einzusetzen.
- (d) In Deutschland sind nicht nur die Wahlen zum Bundestag sondern auch die Landtagswahlen für die Bundesregierung von Bedeutung, u.a. weil die zweite Kammer, der Bundesrat, aufgrund der Wahlergebnisse in den Ländern zusammengesetzt ist. Auch unter idealen Bedingungen hinsichtlich der Steuerungsfähigkeit der Wirtschaft ist nur ein schwacher Wahlzyklus zu erwarten, weil die Landtagswahltermine unregelmäßig über die gesamte Legislaturperiode des Bundestages verteilt sind.

6. Das verwendete Instrumentarium

Bisher wurde eher am Rande diskutiert, auf welche Weise die Wahlzyklen herbeigeführt werden. Im Falle Neuseelands handelt es sich offensichtlich um Importerleichterungen in den Wahljahren.

Für viele Regierungen stellen die Übertragungen an die privaten Haushalte (Transfers) das am besten geeignete Instrument dar, um vor den Wahlen die Zuwachsrate des Einkommens anzuheben. In den Vereinigten Staaten nehmen die Transfers in den Wahljahren gegenüber den Nicht-Wahljahren deutlich zu, am stärksten im Jahre 1972. Die Auszahlungen werden zeitlich genau gesteuert: Fällt der Wahltag (der erste Dienstag im November) auf den 6. oder 7. November, so werden die erhöhten Summen Anfang November ausgezahlt (der Scheck wird am 3. November fällig); wenn der Wahltag früher liegt, erfolgt die Auszahlung bereits im Oktober (TUFTE 1975, S. 42).

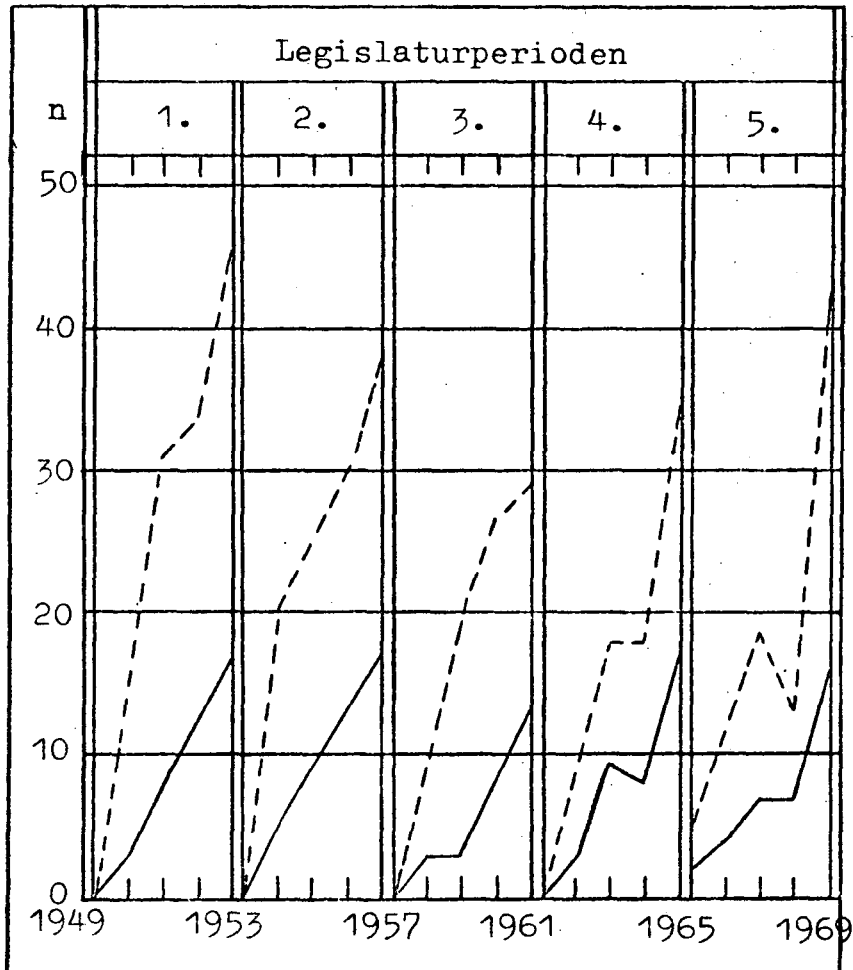
Auch in der Bundesrepublik Deutschland stellen die Transfers ein wichtiges Mittel zur Politischen Konjunktursteuerung dar. Wie Fig. 4 zeigt, hat in der Periode von 1949 bis 1969 die Zahl der äußerst wählerwirksamen Sozial- und Leistungsgesetze im Laufe der Legislaturperioden stark zugenommen.

Hier Fig. 4

Weitergehende Untersuchungen des Einsatzes der Instrumente im Wahlzyklus fehlen bisher. Einen möglichen Ansatz könnten die im Anschluß an HANSEN (1969) durchgeführten Untersuchungen der diskretionären Fiskalpolitik darstellen. Wird beispielsweise die Analyse von LINDBECK (1970) zugrunde gelegt¹⁾, so ergibt

¹⁾Auf die Schwächen dieses Ansatzes wurde bereits hingewiesen. Im Gegensatz zu HANSEN betrachtet LINDBECK nur die direkten Effekte, berücksichtigt also keine Multiplikatorwirkungen.

Fig. 4: Sozial- und Leistungsgesetze und Legislaturperioden, Bundesrepublik Deutschland, 1949-1969.



n: Zahl der Gesetze
 -- Sozialgesetze
 — Leistungsgesetze (Transfereinkommen)

Quelle: BANK (1970, S. 101 ff.), entnommen aus LIEFMANN-KEIL (1974, S. 201)

sich für die Bundesrepublik Deutschland folgendes Bild (Tab. 5).

Hier Tab. 5

Die diskretionäre Fiskalpolitik ist in den beiden Wahljahren 1961 und 1965 überdurchschnittlich expansiv gewesen; der Durchschnitt beträgt +0.95% im Vergleich zu den Nicht-Wahljahren mit +0.48%. Wird die Legislaturperiode dagegen in zwei Hälften geteilt, so besteht kein signifikanter Unterschied zwischen der ersten Hälfte (+0.63%) und der zweiten Hälfte (+0.58%). Auch wenn auf die Gesamtwirkung abgestellt wird, hat in den drei Wahljahren 1957, 1961 und 1965 das Instrumentarium der Fiskalpolitik kaum weniger restriktiv gewirkt (-0.23%) als in den Nicht-Wahljahren (-0.35%).

7. Kritik der empirischen Untersuchungen

Gegen die bisher angeführten empirischen Überprüfungen der Existenz eines Wahlzyklus wurden bereits an mehreren Stellen Bedenken geäußert. Der schwerwiegendste Einwand dürfte in der fehlenden theoretischen Basis der Berechnungen bestehen. Die diskutierten Figuren und Tabellen können hinsichtlich der Existenz eines Politischen Konjunkturzyklus keine Evidenz liefern, sondern bestenfalls eine numerische Beschreibung eines ganz bestimmten Typs: Alle Tabellen und Figuren beziehen sich auf eine einzige makroökonomische Variable, mit wenigen Ausnahmen¹⁾ auf das Einkommen oder den Konsum. Eine Regierung wird jedoch nur dann eine Steigerung des Einkommens- oder Konsumwachstums im Wahljahr zu erreichen suchen, wenn **sich** damit ihre Wahlchancen erhöhen. Es läßt sich aber durchaus ein Land vorstellen, in welchem die Wähler eine ausgeprägte Neigung für Preisstabilität, Budget- oder Außenhandelsüberschüsse besitzen. In diesem Falle würde eine Regierung im Bestreben, an der Macht zu bleiben,

¹⁾ Fig. 2 (Importe), Fig. 3b (Arbeitslosenquote), Fig. 3c (Inflationsrate).

Tab. 5: Direkte Wirkungen der Fiskalpolitik auf der Ebene der Zentralregierung, Bundesrepublik Deutschland, 1955-1965 (Prozentanteile am Bruttosozialprodukt).

	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	Durchschnitt
Wirkung der diskretionären Politik	-	-	-	0.9	0.3	0.8	1.1	0.9	0.4	-0.4	0.8	0.6
Wirkung der automatischen Stabilisatoren	-	-	-	-0.5	-0.9	-0.6	-1.1	-0.9	-0.7	-0.3	-0.5	-0.7
Insgesamt	-1.0	-0.8	-1.0	0.4	-0.6	0.2	0.0	0.0	-0.3	-0.7	0.3	-0.1

Ohne Investitionen der öffentlichen Unternehmungen.

Quelle: Nach LINDBECK (1970), S. 14 f.

einen völlig anders gearteten Konjunkturverlauf innerhalb der Wahlperiode anzusteuern versuchen, z.B. im Wahljahr eine restriktive Fiskalpolitik verfolgen. Wenn derart geartete Präferenzen der Wähler auch wenig wahrscheinlich erscheinen und bisher nicht empirisch beobachtet wurden, so weisen diese Überlegungen jedoch auf die Bedeutung einer sorgfältigen und theoretisch fundierten Formulierung des Untersuchungsgegenstandes hin.

Die angeführten Berechnungen sind trotz dieser Mängel nicht nutzlos. Sie machen auf eine bisher vernachlässigte Ursache von Konjunkturschwankungen aufmerksam und geben einen Anreiz, theoretisch begründete Modelle zu entwerfen, die dann statistisch korrekt getestet werden können. Außerdem ist kaum zu bestreiten, daß die Figuren und Tabellen zumindest einen ersten Eindruck von den empirischen Zusammenhängen vermitteln und bei vorsichtiger Interpretation einige Einblicke erlauben. Dies gilt besonders, solange nur ein einzelnes Land betrachtet wird. Weiterreichende statistische Analysen Politischer Konjunkturzyklen setzen jedoch ein sorgfältig spezifiziertes theoretisches Modell voraus.

IV. WAHLZYKLEN: Theoretische Erklärungen

Regelmäßige Wahlzyklen können aus drei verschiedenen Gründen entstehen:

1. Vergessen der Wähler

Die Wähler gewichten die Leistungen der Regierung unterschiedlich: Vergangenes wird leicht vergessen, d.h. die Beurteilung erfolgt vorwiegend aufgrund der im Wahlzeitpunkt herrschenden Wirtschaftslage. Im Unterschied zur Verfahrensweise in den traditionellen, rein ökonomischen dynamischen Allokationsmodellen wird nicht (nur) die Zukunft, sondern auch die Vergangenheit diskontiert. Unter der allgemeinen Annahme, daß eine Regierung

bestimmte ideologische Ziele (die im allgemeinen nicht in der Stimmenmaximierung bestehen) in die Wirklichkeit umsetzen will und sich zu diesem Zwecke eine Wiederwahl sichern muß, läßt sich ein Politischer Konjunkturzyklus ableiten (FREY und LAU 1968).

Die Annahme über das Wählervergessen bildet in einem unlängst von NORDHAUS (1975) entwickelten Modell ebenfalls einen wichtigen Bestandteil. NORDHAUS unterstellt eine exponential zunehmende Gewichtung innerhalb der Legislaturperiode, während die kommende Periode von den Wählern überhaupt nicht berücksichtigt wird (Fig. 5).

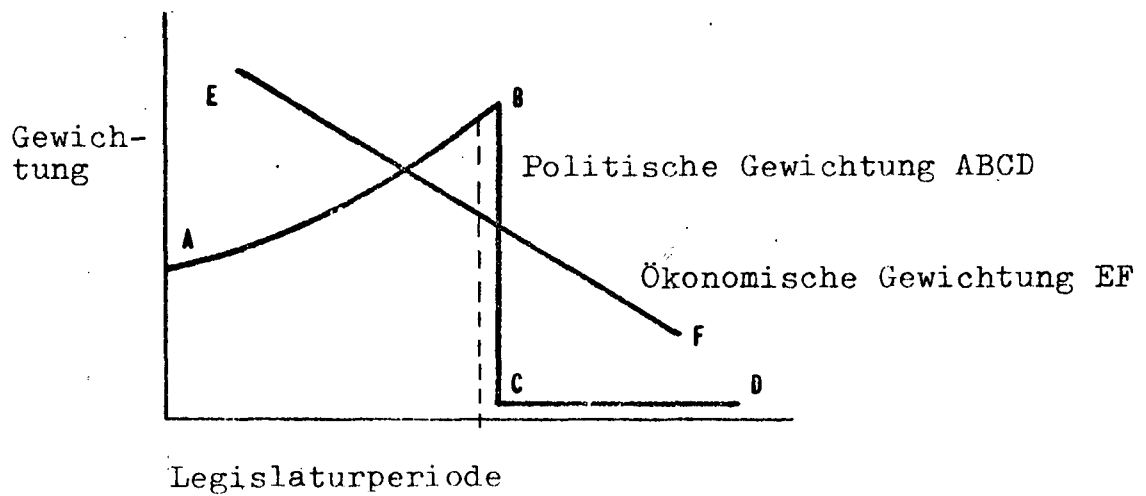
Hier Fig. 5

Die bereits erwähnten empirischen Untersuchungen von Wahlfunktionen (für die USA) geben Hinweise darauf, daß lediglich die wirtschaftliche Situation im Wahljahr einen Einfluß ausübt. Dies kann sich in der Zukunft allerdings ändern: Wenn sich die Bevölkerung der Existenz von Wahlzyklen stärker bewußt wird, dürfte sie zunehmend auch vergangene und in der Zukunft erwartete Leistungen der Regierung in Betracht ziehen. Die Analyse verändert den Untersuchungsgegenstand selbst.

2. "Investitionen" innerhalb einer Wahlperiode

Die Regierung kann durch "Investitionen" in den ersten Jahren einer Legislaturperiode die wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren möglicherweise **so stark verbessern**, daß die Wirtschaftslage - über die Wahlperiode als Ganzes betrachtet - von den Wählern als vorteilhaft angesehen wird. Diese "Wohlstandssteigerungen" mittels Investitionen entstehen unabhängig vom Vergessen der Wähler über den Verlauf einer Legislaturperiode. Beurteilen die Wähler eine Regierung jedoch nach ihrer Leistung über einen Zeitraum von mehr als einer Wahlperiode

Fig. 5: Ökonomische und politische Diskontierung



hinweg, so kann sich die Herbeiführung eines Wahlzyklus für die Regierung als schädlich erweisen.

2.1. Investitionen in Realkapital

Die "Investitionen" können verschiedene Formen annehmen. Es kann sich um Kapitalbildung (insbesondere in bestimmten Infrastrukturbereichen) handeln, die innerhalb der vier- bis fünfjährigen Legislaturperiode bereits Früchte trägt. Die häufig lange Ausreifungszeit von öffentlichen Investitionen ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn eine Regierung auf Investitionen verzichtet, solange eine Überschuß-Kapazität an Infrastruktur besteht. Macht sich ein Mangel an Infrastruktur-Kapazität bemerkbar, der zu einer Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage führt, so ist es für eine Änderung der Politik häufig zu spät, weil der Nutzen aus den Infrastrukturinvestitionen erst nach den nächsten Wahlen gezogen werden kann. In dieser Situation ist ein Regierungswechsel unvermeidlich (FREY 1968).

2.2. Der Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation

Eine ganz andere Art von "Investitionen" ergibt sich unter Ausnutzung der modernen Variante der Phillips-Kurve. Die Inflationsrate g_p hängt nicht nur von der Arbeitslosenrate U , sondern auch von den erwarteten Preissteigerungen g_p^E ab. Deren Änderungen \dot{g}_p^E werden durch die Differenz zwischen tatsächlicher und erwarteter Preissteigerung bestimmt:

$$(3) \quad g_p(t) = \Psi [U(t)] + g_p^E(t); \quad \Psi' < 0, \quad 0 \leq \lambda \leq 1$$

$$(4) \quad \dot{g}_p^E(t) = \phi [g_p(t) - g_p^E(t)]; \quad \phi' > 0.$$

Die kurzfristige Phillips-Kurve verläuft flacher als die langfristige ($\Psi' > \Psi' / (1 - \lambda)$). Durch eine Erhöhung der Arbeitslosen-

rate am Anfang einer Legislaturperiode kann die tatsächliche und (verzögert) auch die erwartete Inflationsrate gedämpft werden. Je geringer die Inflationserwartung, desto mehr verschiebt sich die kurzfristige Phillips-Kurve - gemäß (5) - zum Ursprung, d.h. es ist eine günstigere Kombination von Arbeitslosigkeit und Inflation möglich. Die "Investition" besteht somit in einer bewußten Verschlechterung der Beschäftigungslage, um in einer späteren Periode eine umso günstigere gesamtwirtschaftliche Situation zu erreichen.

Unter Verwendung der optimalen Kontrolltheorie läßt sich zeigen, daß diese anfänglich restriktive Politik (mit allmählicher Lockerung zum Wahlzeitpunkt hin) zu einer Minimierung der über die gesamte Periode erlittenen Einbußen in Form von Arbeitslosigkeit führt, und damit zu einem Stimmenmaximum für die Regierung (NORDHAUS 1975, MACRAE 1975). Hieraus kann die empirisch testbare Hypothese abgeleitet werden, daß die Arbeitslosenquote in der ersten Hälfte der Wahlperiode steigen und in der zweiten Hälfte fallen wird. Die Jahresdaten für den Zeitraum 1947-72 lassen die Existenz dieses Wahlzyklus für Kanada, Japan und das Vereinigte Königreich als nicht plausibel erscheinen. Für Frankreich und Schweden besteht nur eine geringe Vermutung. Für die Bundesrepublik Deutschland, Neuseeland und die Vereinigten Staaten erscheint die Existenz des theoretisch abgeleiteten Wahlzyklus dagegen gesichert. In Deutschland ist z.B. die Arbeitslosenquote vor den Wahlen gegenüber der ersten Hälfte der Wahlperiode regelmäßig (d.h. fünfmal) gefallen und nach den Wahlen (d.h. in der ersten Hälfte einer neuen Legislaturperiode) zweimal gestiegen, aber auch - entgegen der Theorie - zweimal gefallen. Insgesamt entsprechen sieben Beobachtungen den theoretischen Erwartungen, und zwei widersprechen ihnen. Die Wahrscheinlichkeit der Zufälligkeit dieses Ergebnisses beträgt nur 9% (NORDHAUS 1975, S. 185/6). Dabei wird Gleichwahrscheinlichkeit (und Unabhängigkeit) einer Zu- und Abnahme der Arbeitslosenquote unterstellt. Ein Blick auf Fig. 3 zeigt allerdings,

daß diese Annahme (zumindest bis 1961) unzulässig ist: Aufgrund des starken Trends ist die Wahrscheinlichkeit einer Abnahme sehr viel größer als diejenige einer Zunahme. Nicht zufällig findet NORDHAUS den ersten Teil der Hypothese (Verminderung der Arbeitslosenquote in der zweiten Hälfte der Wahlperiode)

immer bestätigt, hingegen nur geringe Evidenz (lediglich vier Beobachtungen) für eine Zunahme der Arbeitslosenquote nach den Wahlen. Dieser Versuch einer empirischen Bestätigung der entwickelten Theorie muß als gescheitert angesehen werden.

Ernster zu nehmen ist der Versuch, den Wahlzyklus in Form von Veränderungen der Arbeitslosenquote und Inflationsrate anhand der Erfahrungen eines einzelnen Landes zu analysieren und für einzelne Perioden empirisch zu überprüfen, wobei mögliche exogen verursachte Verschiebungen der Phillips-Kurve zu berücksichtigen sind. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote in den Vereinigten Staaten über vier Wahlperioden (von der zweiten Eisenhower-Regierung bis einschließlich der ersten Nixon-Regierung) vermag die entwickelte Theorie des Politischen Zyklus recht gut zu bestätigen, insbesondere für die demokratische Präsidentschaft unter Kennedy und Johnson (MACRAE 1975). Der Grund mag in der besseren Kontrolle der Fiskalpolitik durch demokratische Präsidenten liegen, die mit einer ebenfalls demokratischen Kongressmehrheit zusammenarbeiten können, während die Absichten republikanischer Präsidenten oft vom Kongreß durchkreuzt werden.

Eine ähnliche, jedoch weniger stringente Theorie des Politischen Konjunkturzyklus wird von LINDBECK (1975) vertreten. Die Kombinationen von Arbeitslosigkeit und Inflation folgen im Uhrzeigersinn aufeinander (vgl. Fig. 6). Eine Verminderung der Arbeitslosenquote entlang AB führt zu einer Verschiebung der Phillips-Kurve nach außen (BC). Die hohe Inflation wird durch eine restriktive Politik bekämpft, was gleichzeitig die Arbeitslosigkeit erhöht (CD). Die Verminderung der Inflationsrate führt zu

einer Dämpfung der Erwartungen über zukünftige Preissteigerungen; die Phillips-Kurve verschiebt sich nach innen (DA). Eine Regierung versucht, den Konjunkturverlauf zeitlich derart zu steuern, daß die Wahlen zu einem Zeitpunkt stattfinden, in dem der Trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation möglichst günstig ist, was im Bereich AB der Fall ist.

Hier Fig. 6

In Schweden war die Regierung vor 1958 wohl noch nicht fähig, diese für sie optimale Konjunktursteuerung vorzunehmen. Wie Fig. 7 zeigt, liegen jedoch für die Folgezeit einige Anzeichen dafür vor, daß kurz vor den Wahlen eine günstige konjunkturelle Lage erreicht wurde. Dies gilt insbesondere für die Wahlen von 1960, 1964 und 1968, während in den darauf folgenden Legislaturperioden ein Wahlzyklus, wahrscheinlich wegen der stark zunehmenden internationalen Inflation, schwerer zu erreichen war.

Hier Fig. 7

3. Zeitverzögerungen in der Wirtschaft und Zeithorizont der Regierung

Eine wiederum andere Ursache für die Entstehung regelmäßiger Wahlzyklen kann durch das Zusammenspiel des Zeithorizonts einer demokratisch gewählten Regierung mit den wirtschaftlichen Time-Lags entstehen.

Der Zeithorizont - oder äquivalent die Zeitdiskontierung - einer Regierung hängt entscheidend von der erwarteten Wiederwahlwahrscheinlichkeit ab. Ist sich eine Regierung ihrer Wiederwahl völlig sicher, so hat sie als Institution keinen Grund, die der kommenden Wahl folgende Legislaturperiode geringer zu gewichten als die gegenwärtige; die Zeitdiskontrate beträgt Null.

Fig. 6: Schematische Darstellung der typischen zeitlichen Folge von Arbeitslosigkeit und Inflation.

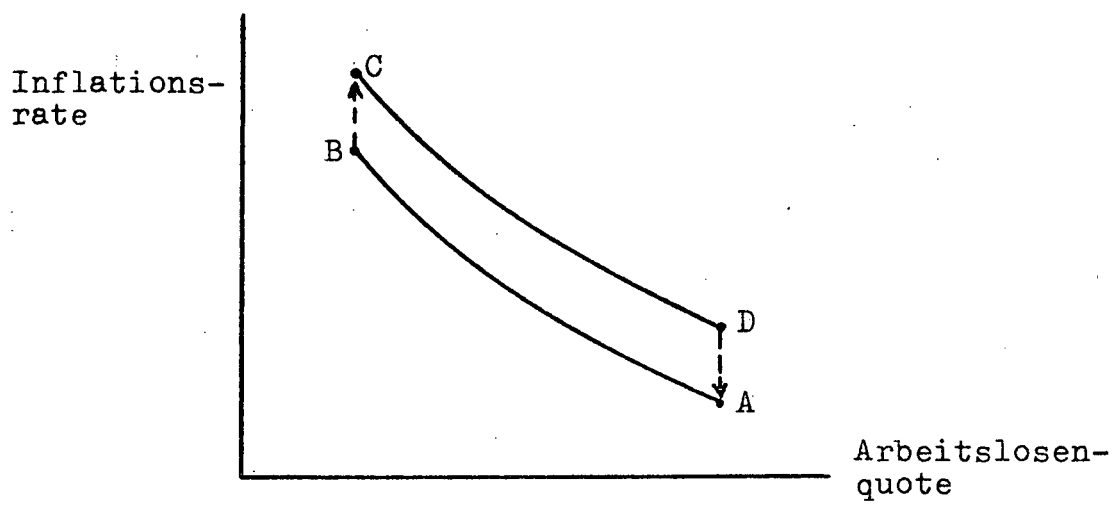
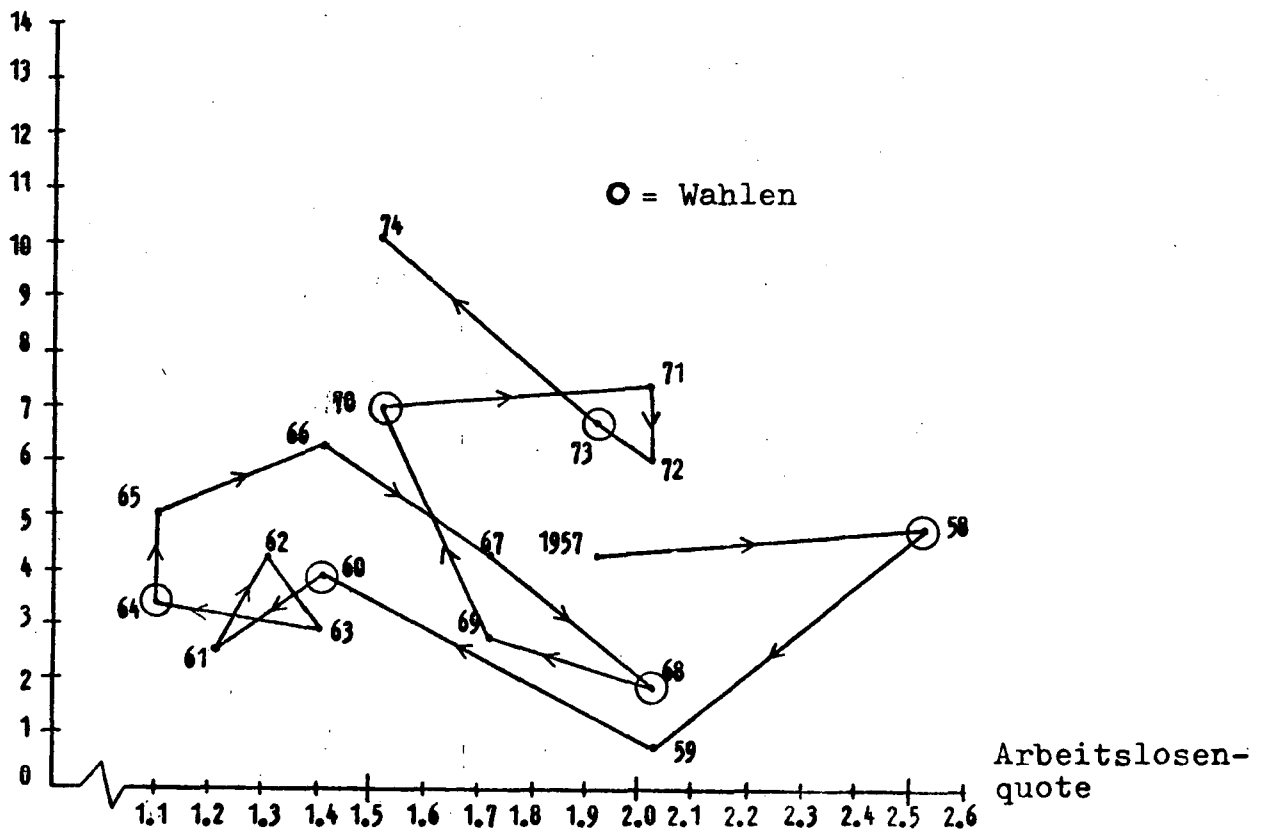


Fig. 7: Arbeitslosigkeit, Preissteigerungen und Wahlen in Schweden, 1957-1974.

Inflationsrate



Quelle: LINDBECK(1975, S. 64)

Ist eine Regierung hingegen überzeugt, daß sie die bevorstehenden Wahlen verlieren wird, so erstreckt sich ihr Zeithorizont nur bis zu diesem Termin. Sie erwartet, in der folgenden Legislaturperiode als Institution nicht mehr zu existieren und diskontiert daher mit einer unendlich hohen Rate¹⁾. Man könnte auch sagen, daß demokratische Regierungen keine vollständigen Eigentumsrechte an der zukünftigen Wirtschaftslage besitzen, woraus sich externe Effekte ergeben.

Eine Regierung, die einer Wiederwahl nicht völlig sicher ist, diskontiert nachfolgende Wahlperioden. Es ist für sie vorteilhaft, Nutzenströme in die Gegenwart und Kostenströme in die Zukunft zu verlagern.

Eine derartige zeitliche Verschiebung von Nutzen und Kosten ist bei geeigneter Steuerung der Wirtschaft möglich, da diese durch eine Vielzahl von Zeitverzögerungen gekennzeichnet ist. Insbesondere ist empirisch gut gesichert²⁾, daß Preissteigerungen (oder eine Erhöhung der Preissteigerungsrate) einem Aufschwung des Sozialprodukts (oder der Zunahme der Wachstumsrate) erst nach einer gewissen Zeit folgen. Es ist daher möglich, die Wähler in der gegenwärtigen Legislaturperiode durch eine Steigerung des Realeinkommens (und der Beschäftigung) zufriedenzustellen, die Kosten einer derartigen Politik in Form von Preissteigerungen aber erst nach den Wahlen auftreten zu lassen.

Ein derartiger Politischer Konjunkturzyklus hat den in Fig. 8 skizzierten Verlauf. Die Beschäftigungsbewegungen sind ebenfalls eingezeichnet; sie folgen den Schwankungen des Realeinkommens,

¹⁾NORDHAUS (1975) und MACRAE (1975) nehmen ohne weitere Begründung an, daß sich der Zeithorizont der Regierung nur bis zur nächsten Wahl erstreckt. NORDHAUS leitet daraus sogar das "fundamentale" Theorem ab, daß demokratische Regierungen unendlich kurzfristig seien (S. 178/9). Zur Kritik vgl. FREY und RAMSER (1976).

²⁾Vgl. HULTGREN 1965, KUH 1965, KROMPHART 1972, S. 202.

jedoch mit einer geringeren Verzögerung als die Inflationsrate.

Hier Fig. 8

V. WAHLZYKLEN IN GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN MODELLEN

Das zuletzt diskutierte Modell eines Wahlzyklus bildet einen Übergang von der Betrachtung nur eines besonderen Teiles der Wirtschaft zu einem vollständigen Modell der Gesamtwirtschaft, wie es durch moderne makroökonomische Systeme abgebildet wird. Ein Wahlzyklus läßt sich hierbei entweder durch formale Optimierung der Zielfunktion der Regierung oder durch ein erklärendes Modell ableiten, durch welches das tatsächliche politische Verhalten möglichst gut wiedergegeben werden soll. Im ersten Teil dieses Abschnitts wird ein Optimalansatz vorgestellt, im zweiten ein erklärender Ansatz.

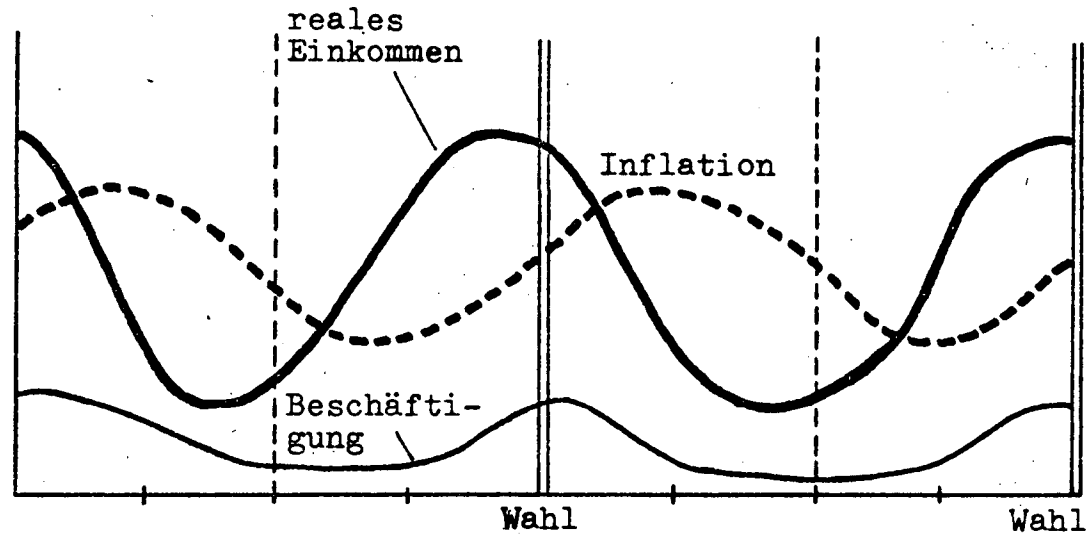
1. Optimales Regierungsverhalten

Dieser Ansatz stellt eine Verallgemeinerung der in einem früheren Abschnitt behandelten optimalen Steuerung der Konjunktur bei Existenz eines Trade-offs zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit dar. Anstelle dieser partiellen Handlungsbeschränkung treten nun die wirtschaftlichen Gesamtbeziehungen in Form eines makroökonomischen Modells. Als Ziel der Regierung wird nach wie vor die Maximierung der Wahrscheinlichkeit des Gewinns der nächsten Wahl angenommen¹⁾.

Die Regierung maximiert die Chance, an der Macht zu bleiben, indem sie den Wünschen der Wähler so weit wie möglich entgegenkommt, d.h. die Stimmen maximiert. Für die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1892 bis 1972 übt (FAIR 1975, S. 11 zufolge) ausschließlich die Wachstumsrate des realen Prokopfeinkommens

¹⁾ Auf die Fragwürdigkeit dieser Annahme wurde in dieser Arbeit schon wiederholt hingewiesen.

Fig. 8: Modell eines Wahlzyklus mit verzögerter Inflation



ihren signifikanten Einfluß auf das Wahlergebnis aus¹⁾. Außerdem ist lediglich die Wachstumsrate im Wahljahr entscheidend, d.h. die Wähler verhalten sich sehr kurzsichtig.

Die Zielfunktion der Regierung besteht damit in der Maximierung der Wachstumsrate des realen Einkommens im Wahljahr. Als Handlungsbeschränkung wird ein vierteljährliches ökonometrisches Modell der Vereinigten Staaten mit 82 Gleichungen zugrunde gelegt. Diese Maximierungsaufgabe kann mit Hilfe der optimalen Kontrolltheorie gelöst werden (FAIR 1975, Abschnitt III). Die Ergebnisse für einzelne Regierungen und Präsidenten sind in Tab. 6 wiedergegeben.

Hier Tab. 6

Könnte ein amerikanischer Präsident mit dem Ziel der Stimmenmaximierung nach Belieben steuernd in den Wirtschaftsablauf eingreifen, so hätte er hierbei eine Wachstumsrate des Realeinkommens von etwa 20% (!) anzustreben. Diese Zuwachsrate des realen Outputs erscheint außerordentlich hoch. In der Wirklichkeit kann sie schon deshalb nicht erreicht werden, weil der Kongreß und das Federal Reserve Bureau Gegenmaßnahmen ergreifen würden, letzteres insbesondere wegen der Gefahr starker inflationärer Störungen. Nach FAIR geht die Inflationsgefahr in diesem Falle - anders als im Modell des vorigen Abschnitts - nicht ins Kalkül der Regierung ein, weil die Wahlergebnisse nur von der Wachstumsrate des Realeinkommens abhängen.

Die gewaltige Steigerung der Zuwachsrate der realen Produktion im Wahljahr kann durch eine sehr restriktive Fiskalpolitik in der ersten Hälfte der Wahlperiode erreicht werden. Die Staatsausgaben - die einzige fiskalpolitische Instrumentalvariable im Modell - erreichen im ersten Quartal, das Sozialprodukt im

¹⁾ Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu anderen Schätzungen des Einflusses wirtschaftlicher Variablen auf Kongreß- und Präsidentenwahlen (z.B. KRAMER 1971), sowie auf die laufende Popularität des Präsidenten in den USA (vgl. Tab. 2).

Tab. 6: Stimmenmaximierendes und tatsächliches Wachstum des Realeinkommens im Wahljahr (in Prozent), Vereinigte Staaten von Amerika 1953-1974.

	Eisenhower 1. Wahlperiode	Eisenhower 2. Wahlperiode	Kennedy- Johnson	Johnson	Nixon
Stimmen- maximierend	17.5	18.5	21.0	9.6	23.8
Tatsächlich	1.9	2.3	5.7	4.7	6.6

Quelle: FAIR (1975), S. 28.

zweiten oder dritten Quartal des Vorwahljahres ihr Minimum. Danach werden die Staatsausgaben drastisch erhöht; der dann einsetzende Multiplikatorprozeß vermag das reale Sozialprodukt im darauf folgenden Wahljahr um (etwa) 20% zu erhöhen, weil die Wirtschaft in unausgelastete Kapazitäten hineinwachsen kann.

Wie aus Tab. 6 ersichtlich ist, war die Steigerung der Wachstumsrate des Realeinkommens in den Wahljahren sehr viel geringer. Der Optimalansatz erweist sich als schlechtes Erklärungsmodell.

Auch wenn einige Teile des diskutierten Modells sehr fragwürdig sind, vermittelt dieser Ansatz doch einen guten Eindruck davon, unter welchen Bedingungen, auf welche Weise und mit welchen Wirkungen eine Regierung einen Politischen Konjunkturzyklus erzeugen kann. Es sollte vor allem beachtet werden, daß der optimale Wahlzyklus eine ganz andere Form annehmen kann, wenn mehrere wirtschaftliche Variablen die Wahlergebnisse beeinflussen.

2. Erklärende Modelle

Politische Konjunkturzyklen können auch im Rahmen allgemeiner politisch-ökonomischer Modelle untersucht werden. Der Vorteil dieses Vorgehens liegt in der expliziten Berücksichtigung des Gesamtzusammenhangs zwischen Wirtschaft und Politik, der mit diesen Modellen zu erklären versucht wird. Das eher zufällige Herausgreifen einzelner wirtschaftlicher und politischer Aspekte - wie z.B. der Phillips-Kurve oder des Zeithorizonts der Wähler - kann überwunden werden. Damit läßt sich auch die Qualität der empirischen Überprüfung verbessern, denn es wird möglich, den jeweiligen Untersuchungsgegenstand gegen Einflüsse von außen zu isolieren, d.h. die Gefahr von Fehlspezifikationen kann vermindert werden.

In allgemeinen politisch-ökonomischen Modellen kann eine größere Zahl von Variablen in einem einheitlichen theoretischen Rahmen

berücksichtigt werden; es ist z.B. nicht notwendig anzunehmen, daß die Regierung die wirtschaftlichen Zielvariablen direkt beeinflußt (wie bei NORDHAUS und MACRAE), der Zusammenhang zwischen Instrumental- und Zielvariablen bildet vielmehr einen Teil des Modells.

Der Unterschied zu den gesamtwirtschaftlichen Optimierungsmodellen (à la FAIR 1975) liegt im Versuch, das tatsächliche Regierungsverhalten im Hinblick auf einen Wahlzyklus zu erklären. Die Übergänge sind allerdings fließend: Wenn Regierungen "rational" (im Sinne der Wirtschaftstheorie) handeln, die richtige Zielfunktion gewählt und die politisch-ökonomischen Interaktionen geeignet abstrahiert werden, dann gibt ein Optimalmodell gleichzeitig die tatsächliche Entwicklung (annähernd) wieder. Bei Optimalmodellen liegt die Betonung jedoch eher auf der Untersuchung der Konsequenzen von bestimmten Verhaltensannahmen, etwa der Stimmenmaximierung der Regierung bei der nächsten Wahl, wobei diese nicht weiter untersucht oder begründet werden¹⁾. Erklärende Modelle müssen dagegen die tatsächlichen Ziele der Regierung zu berücksichtigen suchen²⁾. Im folgenden Beispiel wird zu diesem Zweck z.B. die "Ideologie" der an der Macht befindlichen Partei eingeführt.

Ein Hauptzweck der politisch-ökonomischen Gesamtmodelle besteht in der engen Verbindung von Theorie und empirischer Schätzung. Sie unterscheiden sich damit von den vor allem theoretisch ausgerichteten (vgl. Abschnitt III) und den rein empirischen (vgl. Abschnitt II) Ansätzen.

Die Entwicklung politisch-ökonomischer Gesamtmodelle und deren empirische Testung stecken erst in ihren Anfängen³⁾. Ihre

¹⁾ Vgl. FAIR 1975, S. 2; ebenso NORDHAUS 1975, S. 174 und MACRAE 1975, S. 2/3.

²⁾ Eine Diskussion verschiedener Möglichkeiten findet sich bei FREY und LAU 1968.

³⁾ Ein Überblick über den Stand bis Herbst 1974 wird in FREY und SCHNEIDER 1975 gegeben; in dieser Arbeit werden auch die zugrunde liegenden analytischen und Simulations-Modelle erörtert.

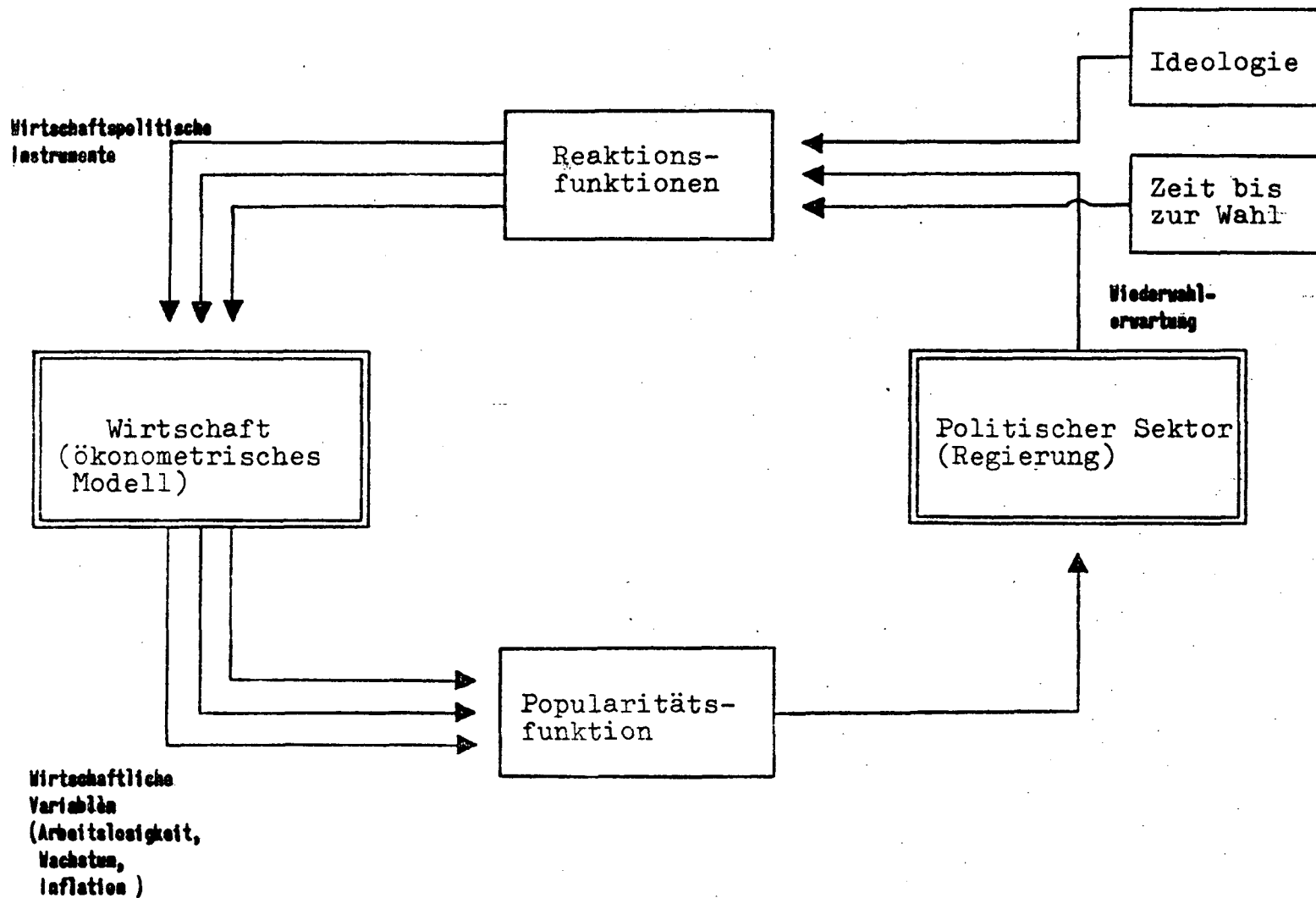
Grundstruktur ist in Fig. 9 dargestellt.

Hier Fig. 9

Wie bereits erwähnt, bestimmen die wirtschaftlichen Variablen Arbeitslosigkeit, Wachstum des verfügbaren Einkommens und Inflation die laufende Popularität der Regierung (unterer Teil der Schleife in Fig. 9). Die Regierung setzt sich die Erreichung einer bestimmten Popularität POP^* zum Ziel. Überschreitet die laufende Popularität POP diesen Zielwert ($POP \geq POP^*$), so ist sich die Regierung (ziemlich) sicher, daß sie die nächste Wahl gewinnen wird. Je höher diese Wiederwählerwartung, desto eher kann sie sich eine Politik leisten, die nicht unbedingt den Wählerwünschen, sondern ihren eigenen ideologischen Vorstellungen entspricht. Die wirtschaftlichen Instrumente werden entsprechend eingesetzt. Die Regierung ist dabei allerdings an Schranken gebunden, z.B. kann sie die Staatsausgaben nicht beliebig über die Staatseinnahmen ausdehnen (Budgetrestriktion).

Liegt die laufende Popularität dagegen unterhalb des Zielwertes ($POP < POP^*$), so muß die Regierung befürchten, abgewählt zu werden. Um an der Macht zu bleiben, muß sie die wirtschaftspolitischen Instrumente derart einsetzen, daß sich die Wirtschaftslage nach Einschätzung der Wähler verbessert. Das Ziel besteht in diesem Falle darin, als Folge einer bewußt herbeigeführten Senkung der Arbeitslosenquote und/oder der Inflationsrate und/oder einer Steigerung der Wachstumsrate des verfügbaren Einkommens einen Popularitätsgewinn zu erzielen. Je kürzer die Zeit bis zum nächsten Wahltermin ist, desto stärker müssen diese Maßnahmen dosiert werden, um einen Umschwung in der Wählermeinung erreichen zu können. Damit ist die obere Rückkopplungsbeziehung in Fig. 9 beschrieben. Offensichtlich handelt es sich um das einfachstmögliche Modell politisch-ökonomischer Interdependenz. Je nach Zweck der Untersuchung kann und muß es ergänzt werden. Besonders wichtig ist die Berücksichtigung des Parlamentes, der staatlichen Bürokratie, der Zentralbank, der Interessengruppen und der Einflüsse aus dem Ausland.

Fig. 9: Politisch-ökonomisches Modell: Die grundlegenden Beziehungen



Aus den bisher vorliegenden empirischen Schätzungen derartiger politisch-ökonomischer Gesamtmodelle für die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik Deutschland¹⁾ ergibt sich einige Evidenz für die Existenz eines Wahlzyklus. Die in Tab. 7 aufgeführten Reaktionsfunktionen zeigen, durch welche Faktoren (Änderungen der) Staatsausgaben und Transfers beeinflusst werden. Der Indikator für die Wiederwahlwahrscheinlichkeit, d.h. der Überschuß ($POP \geq POP^*$) oder das Defizit ($POP < POP^*$) an Popularität, erweist sich in allen Fällen als statistisch signifikanter Einflußfaktor. Der Indikator für die der Regierung bis zur Wahl noch verbleibende Zeit ist statistisch etwas weniger gut gesichert.

Hier Tab. 7

Aus den empirisch geschätzten Reaktionsfunktionen ist zu entnehmen, daß die Regierung die Staatsausgaben und Transfers erhöht, wenn sie um ihre Wiederwahl fürchtet. Je näher der Zeitpunkt der Wahl rückt, desto stärker werden in dieser Situation diese Ausgaben erhöht, um die Wähler günstig zu stimmen. Diese zeitlichen Variationen der Ausgaben stellen eine Quelle Politischer Konjunkturzyklen dar.

Die Betrachtung der makroökonomischen Zielvariablen (Sozialprodukt, Arbeitslosenquote und Inflationsrate, vgl. Fig. 3) hatte nur geringe Evidenz für die Existenz Politischer Konjunkturzyklen erbracht. Beim hier gewählten Vorgehen - bei dem die Determinanten staatlicher Aktivität isoliert werden - besteht hingegen Grund zu der Annahme, daß (zumindest in den USA und der BRD) die staatliche Aktivität zyklische Schwankungen erzeugt.

Die angeführten Schätzgleichungen stellen einen ersten und unvollständigen Versuch der Erforschung des Politischen Konjunkturzyklus in einem theoretischen Gesamtzusammenhang dar. Sie sollen dazu dienen, die grundsätzlichen Möglichkeiten aufzuzeigen, nicht jedoch, eine abgerundete Analyse zu präsentieren.

¹⁾ FREY und SCHNEIDER 1976b, 1976c.

Tab. 7: Reaktionsfunktionen für Staatsausgaben für Güter und Dienste und für Transfers, USA und BRD.

Land	Erklärte Variable ¹⁾	Konstante	Popu- larität	Zeit bis zur Wahl	Steuerein- nahmen (Budgetre- striktion)	Ideolo- gische Schein- variablen ²⁾	Test-Statistiken		
							R ²	d	F
Vereinigte Staaten 1953-1975 (Viertel- jahresdaten)	Staats- ausgaben	0.49 (0.75)	0.002 (2.08)	0.26 (2.20)	0.17 (2.47)	Mehrere	0.87	1.43	0.91
	Transfers	7.04 (1.66)	0.003 (2.34)	0.05 (0.61)	0.20 (2.60)	Mehrere	0.78	2.49	0.98
Bundesrepublik Deutschland 1951-1974 (Jahresdaten)	Staats- ausgaben	1.92 (1.67)	0.003 (2.67)	0.97 (1.93)	0.52 (3.00)	Mehrere	0.70	1.79	--
	Transfers	0.20 (0.16)	0.003 (2.69)	0.92 (1.81)	0.65 (5.79)	Mehrere	0.71	2.04	--

Zur Erklärung vgl. Tab. 2.

1) Aus statistischen und theoretischen Gründen werden die (absoluten) Änderungen der Instrumental-variablen betrachtet. Es wird damit unterstellt, daß eine Regierung die staatlichen Ausgaben nur marginal oder inkrementell beeinflussen kann. Vgl. dazu z.B. WILDAVSKY 1964.

2) In beiden Ländern wurde für jede Regierung (USA: für jeden Präsidenten; BRD: für jede Koalition) eine Niveauvariable eingeführt, die die spezifische ideologische Ausrichtung widerspiegelt. Aus Raumgründen wird hier auf eine Wiedergabe verzichtet.

VI. ALLGEMEINE POLITISCHE KONJUNKTURZYKLEN

Neben den bisher diskutierten Wahlzyklen gibt es andere Politische Zyklen, die nicht unmittelbar mit Wahlen zusammenhängen und deren Länge auch nicht mit der Legislaturperiode zusammenfallen muß. Sie sollen hier nur kurz gestreift werden.

1. Eine Politische Konjunkturtheorie des Klassenkonflikts

Während des letzten Weltkrieges hat KALECKI (1943) eine auf der marxistischen Lehre aufbauende Theorie entwickelt, die von der Steuerungsfähigkeit der Wirtschaft durch fiskalpolitische

Eingriffe der Regierung ausgeht, wobei er annimmt, daß diese Möglichkeiten nicht zur Stabilisierung der Wirtschaft, sondern zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter verwendet werden. Bei anhaltender Vollbeschäftigung gewinnen die Arbeiter gegenüber den Unternehmern ständig an Macht. Um diesen Prozeß nicht zu weit gehen zu lassen, wird die Regierung von den Unternehmern dazu veranlaßt, eine Rezession herbeizuführen. Die in deren Gefolge entstehende Arbeitslosigkeit ermöglicht es den Unternehmern, die Arbeiter wieder unter ihre Kontrolle zu bringen. Eine längerdauernde Rezession schmälert allerdings die Gewinne und schadet damit der kapitalistischen Klasse auf andere Weise. Die Regierung wird deshalb nach einer Weile zu einer expansiven Politik gezwungen, was wiederum die Voraussetzungen zu einer neuen Rezession schafft. Dieser Theorie zufolge werden die konjunkturellen Schwankungen eindeutig durch die Regierung verursacht, die Klasseninteressen vertritt (vgl. auch FEIWEL 1974, BODDY und CROTTY 1974).

2. Regierungswechsel und unterschiedliche Interessen für Vollbeschäftigung und Inflation

Die Angehörigen der unteren und mittleren Einkommensgruppen scheinen mehr Wert auf die Vermeidung von Arbeitslosigkeit als von Preissteigerungen zu legen; höhere Einkommensschichten haben die umgekehrte Präferenz. Diese unterschiedlichen Interessen werden von den Vertretern der jeweiligen Gruppen klar erkannt und im politischen Prozeß vorgebracht. Entsprechend verfolgen Regierungen aus Linksparteien vor allem das Ziel der Vollbeschäftigung, während Rechts-Regierungen das Ziel der Preisstabilität betonen.

Aus internationalen Querschnittsvergleichen läßt sich entnehmen, daß sozialdemokratische Regierungen überwiegend unterdurchschnittliche Arbeitslosenquoten und überdurchschnittliche Inflationsraten aufweisen. Regierungen, die mehr der politischen Rechten zuneigen, sind umgekehrt durch überdurchschnittliche

Arbeitslosenquoten und unterdurchschnittliche Inflationsraten gekennzeichnet. Das gleiche Bild ergibt sich bei Zeitreihenuntersuchungen einzelner Länder: Senkungen der amerikanischen und britischen Arbeitslosenquoten waren mit Labour- und Demokratischen Regierungen gekoppelt, Zunahmen mit Konservativen und Republikanischen Regierungen (HIBBS 1975; für ähnliche empirische Ergebnisse vgl. FRIEDLAENDER 1971, FUERSTENBERG und BOUGHTON 1973).¹⁾

Bei einem Regierungswechsel (nicht jedoch bei Wahlen ohne diese Konsequenz) werden durch die Umorientierung der Wirtschaftspolitik auf die veränderten Ziele der neuen Regierung Schwankungen im Wirtschaftsablauf hervorgerufen. Derartige Politische Zyklen sind nicht auf Demokratien beschränkt, sondern dürften bei einem Wechsel autoritärer Regime sogar noch deutlicher ausgeprägt sein.

3. Planwirtschaften

Politische Konjunkturzyklen sind auch nicht auf (grundsätzlich) marktwirtschaftlich organisierte Gesellschaften beschränkt. In Planwirtschaften folgen sie jedoch einem anderen Muster: Der von der zentralen Bürokratie entworfene Plan gerät über kurz oder lang mit der Realität in Konflikt, und dies führt zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Der sich verschlechternde Konsumstandard der Bevölkerung zwingt die Planbehörde, aufgrund des politischen Drucks der Regierung, zu einer Revision ihrer ursprünglichen Vorstellungen und schließlich zur Ausarbeitung eines neuen Plans. Die damit verbundenen abrupten Änderungen in der Wirtschaftspolitik führen zu ausgeprägten politisch verursachten Konjunkturzyklen (für empirische Evidenz vgl. BAJT, 1971).

¹⁾Gegen die empirische Analyse sind jedoch ähnliche Bedenken anzumelden wie oben (Abschnitt III): Andere mögliche Einflußgrößen werden nicht konstant gehalten.

VII. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Zweck dieses Aufsatzes ist es, auf eine Art von Konjunkturbewegungen aufmerksam zu machen, die von den Fachökonomen kaum oder gar nicht beachtet wird und in Lehrbücher (noch) keinen Eingang gefunden hat. Aus der Diskussion ist deutlich geworden, daß es verschiedene Typen und theoretische Erklärungen Politischer Konjunkturzyklen gibt. Die bisher vorliegenden empirischen Untersuchungen lassen vermuten, daß Politische Zyklen in der Realität von Bedeutung sind.

Literatur

- ALLEN, R.G.D. (1967), Macro-Economic Theory.
Macmillan, London.
- AVERCH, H.A., DENTON, F.H. und KOEHLER, J.E. (1972),
The Matrix of Policy in the Philippines.
Princeton Univ. Press, Princeton.
- BAJT, A. (1971), Investment Cycles in European Socialist
Economics: A Review Article, Journal of Economic
Literature, 9 (March 1971), S. 53-63.
- BANK, H.P. (1970), Die Sozialgesetzgebung der Bundesrepublik
Deutschland und ihr zeitlicher Zusammenhang mit
den Wahlterminen seit 1949, Recht der Arbeit.
- BEN-PORATH, Y. (1975), The Years of Plenty and the Years of
Famine: A Political Business Cycle, Kyklos, 28
(1975), S. 400-403.
- BLINDER, A.S. und GOLDFELD, S.M. (1975), New Measures of
Fiscal and Monetary Policy, 1958-1973. Mimeo,
Dep. of Economics, Princeton University.
- BODDY, R. und CROTTY, J. (1974), Class Conflict and
Macro-Policy: The Political Business Cycle,
Review of Radical Political Economics, 7
(Spring).
- BRITTAN, S. (1969), Steering the Economy. London,
Sacker & Warburg.
- BRONFENBRENNER, M. (Hrsg.), (1969), Is the Business Cycle
Obsolete? Wiley, New York.
- BRUNNER, K. (1973), Die "Monetaristische Revolution" der
Geldtheorie. In: KALMBACH, P. (Hrsg.),
Der neue Monetarismus. Nymphenburger Verlagshandlung,
München, S. 70-103.
- CORNWALL, J. (1972), Growth and Stability in a Mature Economy.
Wiley, New York.
- DOW, J.C.R. (1964), The Management of the British Economy,
1945-1960. Cambridge Univ. Press, Cambridge.

- ESTEY, J.A. (1956), Business Cycles. Prentice Hall, Englewood Cliffs.
- FAIR, R.C. (1975), On Controlling the Economy to Win Elections, Cowles Foundation Discussion Paper No. 397.
- FEIWEL, G.R. (1974), Reflections on Kalecki's Theory of Political Business Cycle, Kyklos 26 (1974), S. 21-48.
- FELLNER, W. (1956), Trends and Cycles in Economic Activity. Holt, New York.
- FREY, B.S. (1968), Eine politische Theorie wirtschaftlichen Wachstums, Kyklos 21 (1968), S. 70-101.
- FREY, B.S. und LAU, L.J. (1968), Towards a Mathematical Model of Government Behaviour, Zeitschrift für Nationalökonomie, 28 (1968), S. 355-380.
- FREY, B.S. und RAMSER, H.J. (1976), The Political Business Cycle: Comment. Review of Economic Studies
- FREY, B.S. und SCHNEIDER, F. (1975), On the Modelling of Politico-Economic Interdependence, European Journal of Political Research, 3 (1975), S. 339-360.
- FREY, B.S. und SCHNEIDER, F. (1976a), Economic and Personality Determinants of Presidential Popularity, Mimeo, Universität Konstanz.
- FREY, B.S. und SCHNEIDER, F. (1976b), An Econometric Model with an Endogenous Government Sector. Mimeo, Universität Konstanz.
- FREY, B.S. und SCHNEIDER, F. (1976c), An Empirical Study of Politico-Economic Interaction in the U.S. Mimeo, Universität Konstanz.
- FRIEDLAENDER, A.F. (1973), Macro-Policy Goals and Revealed Preference, Quarterly Journal of Economics, 87 (Febr. 1973), S. 25-43.
- FRIEDMAN, M. (1969), A Program for Monetary Stability. Fordham Univ. Press, New York.

- FUERSTENBERG, G.H. von, und BOUGHTON, J.H. (1973),
Stabilization Goals and the Appropriateness of
Fiscal Policy during the Eisenhower and Kennedy-
Johnson Administration, Public Finance Quarterly,
1 (1973), S. 5-28.
- GORDON, R.A. (1961), Business Fluctuations.
Harper, New York.
- HANSEN, B. (1969), Fiscal Policy in Seven Countries 1955-65.
OECD, Paris.
- HIBBS, D.A. (1975), Economic Interest and the Politics of
Macroeconomic Policy. Mimeo, Center for International
Studies, M.I.T., Cambridge (Mass.).
- HULTGREN, T. (1965), Cost, Prices and Profits: Their Cyclical
Relations. National Bureau of Economic Research,
New York.
- KALECKI, M. (1943), Political Aspects of Full Employment,
Political Quarterly, 14 (Oct./Dec.), S. 322-331.
Deutsch: Politische Theorie der Vollbeschäftigung.
In: FREY, B.S. und MEISSNER, W. (Hrsg.), Zwei Ansätze
der Politischen Ökonomie, Fischer Athenäum, Frankfurt
1974, S. 176-185.
- KIRCHGÄSSNER, G. (1974), Ökonometrische Untersuchungen des
Einflusses der Wirtschaftslage auf die Popularität
der Parteien, Schweizerische Zeitschrift für Volks-
wirtschaft und Statistik, 110 (1974),
- KRAMER, G.H. (1971), Short-Term Fluctuations in U.S. Voting
Behavior, 1896-1964, American Political Science
Review, 65 (1971), S. 131-143.
- KROMPHARDT, J. (1972), Wachstum und Konjunktur. Vandenhoeck
und Ruprecht, Göttingen.
- KUH, E. (1965), Income Distribution and Employment over the
Business Cycle. In: DUESENBERY, I. et al. (Hrsg.),
The Brookings Quarterly Econometric Model of the
United States. Rand McNally, Chicago.
- LIEFMANN-KEIL, E. (1970), Intertemporale Spillovereffekte
und öffentlicher Haushalt. In: HALLER, H. et al. (Hrsg.),
Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interven-
tionismus. Mohr (Siebeck), Tübingen, 483-510.

- LIEFMANN-KEIL, E. (1974), Politische Ökonomie der Generations- und Wahlzyklen. In: BOMBACH, G., FREY, B.S., GAHLEN, B. (Hrsg.), Neue Aspekte der Verteilungstheorie. Mohr (Siebeck), Tübingen, S. 184-209.
- LINDBECK, A. (1970), Fiscal Policy as a Tool of Economic Stabilization-Comments to an OECD Report, Kyklos, 23 (1970), S. 7-32.
- LINDBECK, A. (1975), Business Cycles, Politics and International Economic Dependence, Skandinaviska Enskilda Banken Quarterly Review, S. 53-68.
- LLEWELLYN, G.E. und TARLING, R.J. (1974), Cycles, Lags, and Causality, Australian Economic Papers, (1974), S. 287-292.
- MACRAE, D. (1975), A Political Model of the Business Cycle. Mimeo, The Urban Institute, Washington (D.C.).
- MADDISON, A. (1969), Comment. In: BRONFENBRENNER, M. (Hrsg.), (1969), S. 500-501.
- MATTHEWS, R.C.O. (1959), The Trade Cycle. Cambridge Univ. Press, Cambridge.
- MATTHEWS, R.C.O. (1969), Postwar Business Cycles in the U.K.. In: BRONFENBRENNER, M. (Hrsg.), (1969), S. 103-122.
- NORDHAUS, W. (1972), The Political Business Cycle, Cowles Foundation Discussion Paper, No. 333.
- NORDHAUS, W. (1975), The Political Business Cycle, Review of Economic Studies, 130 (1975), S. 169-190.
- OECD (1968), Fiscal Policy for a Balanced Economy. OECD, Paris.
- PHILLIPS, A.W. (1954), Stabilization Policy in a Closed Economy, Economic Journal, 64 (1954), S. 290-323.
- PREST, A.R. (1968), Sense and Nonsense of Budgetary Policy, Economic Journal, 78 (1968), S. 1-18.
- RUGGERI, G.C. (1973), Automatic Stabilizers, Business Cycles and Economic Growth, Kyklos 26, S. 288-306.
- SNYDER, W.W. (1970), Measuring Economic Stabilization: 1955-1965, American Economic Review, 60 (1970), S. 924-933.

- STIGLER, G.J. (1973), General Economic Conditions and National Elections, American Economic Review, Papers and Proceedings, 63 (1973), S. 160-167.
- TUFTE, E.R. (1974), The Political Manipulation of the Economy- Influence of the Electoral Cycle on Macroeconomic Performance and Policy. Mimeo, Dep. of Politics, Princeton University.
- WILDAVSKY, A. (1964), The Politics of the Budgetary Process. Little, Brown, Boston.